

Crim.

164

v

Ueber das serbische
Schwurgericht

Crum.

Marković.

164 v.

UEBER
DAS SERBISCHE SCHWURGERICHT
IM VERGLEICHE
MIT DEM DEUTSCHEN, FRANZÖSISCHEN UND
ENGLISCHEN SCHWURGERICHT.

INAUGURAL-DISSERTATION
ZUR ERLANGUNG DER
DOCTORWÜRDE
VORGELEGT DER
HOHEN JURISTISCHEN FACULTÄT
DER
ALBERT-LUDWIGS-UNIVERSITÄT ZU FREIBURG I. B.
VON
BOŽIDAR W. MARKOVIĆ,
CAND. IUR.

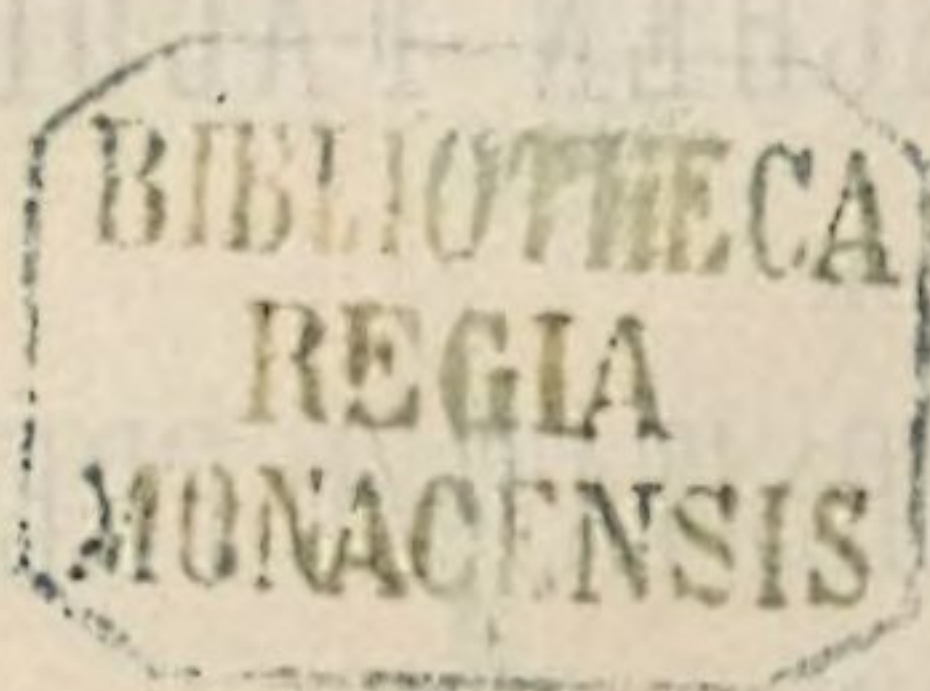
FREIBURG I. BR. 1899.
UNIVERSITÄTSBUCHDRUCKEREI VON CHR. LEHMANN'S NACHF.
U. HOCHREUTHER.

Dekan:

Professor Dr. von Rohland.

Referent:

Professor Dr. von Rohland.



Inhalts-Verzeichnis.

I. Abteilung.

Die Einführung der Schwurgerichte.

	Seite
Erstes Kapitel: Einführung der Schwurgerichte in Serbien. — Das Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1871	
A. Einführung der Schwurgerichte	5
B. Das Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1871 . . .	9
Zweites Kapitel: Das Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1892. — Die Abänderungen vom Jahre 1894.	
A. Das Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1892 . . .	16
B. Abänderungen im Schwurgerichtsgesetz . . .	26

II. Abteilung.

Ueber das Schwurgericht Serbiens nach dem Gesetz vom Jahre 1892 mit den Abänderungen vom Jahre 1894.

Erstes Kapitel: Organisation und Zuständigkeit der Schwur- gerichte.	
A. Organisation	32
B. Die Zuständigkeit	36
Zweites Kapitel: Befähigung zum Geschworenendienst . . .	39
Drittes Kapitel: Auswahl der Geschworenen	47
Viertes Kapitel: Die Besetzung der Schwurgerichte . . .	60
Fünftes Kapitel: Beeidigung der Geschworenen	70
Sechstes Kapitel: Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht	72
Siebentes Kapitel: Die Urteilsfällung	
A. Wahrspruch der Geschworenen	76
B. Das Urteil des Gerichts	87
Achtes Kapitel: Rechtsmittel	89
Neuntes Kapitel: Schluss	93

Inhalts-Verzeichnis

I. Abteilung

1	Einleitung
2	1. Abschnitt: Die Bedeutung der Schwerkraft in der Physik
3	2. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Astronomie
4	3. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Geologie
5	4. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Biologie
6	5. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Chemie
7	6. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Meteorologie
8	7. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Technik
9	8. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Medizin
10	9. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Philosophie
11	10. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Kunst

II. Abteilung

12	1. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Physik
13	2. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Astronomie
14	3. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Geologie
15	4. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Biologie
16	5. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Chemie
17	6. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Meteorologie
18	7. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Technik
19	8. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Medizin
20	9. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Philosophie
21	10. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Kunst
22	11. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Literatur
23	12. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Musik
24	13. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Malerei
25	14. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Architektur
26	15. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Bildhauerei
27	16. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Skulptur
28	17. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Plastik
29	18. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Kunst des Theaters
30	19. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Kunst des Films
31	20. Abschnitt: Die Schwerkraft in der Kunst des Tanzes

I. Abteilung.

Einführung der Schwurgerichte.

Erstes Kapitel.

Einführung der Schwurgerichte in Serbien. — Das Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1871.

A. Einführung der Schwurgerichte.

1. Die Geschworenen waren den Serben schon im Mittelalter bekannt. Dieselben finden wir im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert im Gesetzbuch Duschan's (Zakonik Duschanov) ¹⁾. Aus dieser Quelle wissen wir, dass damals Geschworene bestanden haben desgleichen kennen wir die Zahl der Geschworenen welche bei den Verhandlungen fungiert haben; aber wie die Zuständigkeit und die Besetzung dieser Gerichte war, ist uns nicht überliefert, da hierüber keine Quellen vorhanden sind. Ohne Zweifel war das alles durch die Gesetze geregelt, da der serbische Staat fast auf derselben Kulturstufe stand, wie die meisten europäischen Staaten. Aber dem serbischen Volke war ein anderes Schicksal zgedacht.

¹⁾ Gesetzbuch Duschan's genannt nach dem König Stephan Duschan, unter dessen Herrschaft es ausgegeben wurde (anno 1349 und 1354), ist eine Sammlung der damaligen Rechte und eine der wichtigsten Quellen für die Kenntnis der mittelalterlichen Zustände.

2. Gerade als am Ausgange des Mittelalters die meisten europäischen Völker sich zu einem intellektuellen Fortschritt aufzuschwingen und den Geist des Mittelalters abzuschütteln begannen, eine Umwandlung, die sich gewiss unter anderen Umständen auch auf Serbien erstreckt hätte, verlor Serbien im Jahre 1389 seine Selbständigkeit und kam 1459 vollständig unter die türkische Herrschaft.

Die Türken nahmen Serbien ein, auch der Schatten einer politischen Selbstständigkeit schwand, die serbischen Behörden wurden durch türkische ersetzt, wie der serbische Adel durch türkischen, die Kirchen und Klöster zerstört, sodass keine Spuren mehr von der Civilisation zurückblieben.

Beinahe fünf Jahrhunderte lang hat ein solcher Zustand gedauert, und erst nach schwerer und vieler Mühe ist es im Anfang dieses Jahrhunderts wenn auch nur einem Teile des serbischen Volkes gelungen, sich von der türkischen Herrschaft zu befreien. — Aus alledem ist leicht ersichtlich, dass während der ganzen Zeit der türkischen Herrschaft von irgend einem Fortschritt gar keine Rede sein kann; man kann vielmehr behaupten, dass ein Rückgang in der Kultur des serbischen Volkes eingetreten ist. Alle die grossartigen Fortschritte und Erfindungen, die in Westeuropa während dieser Zeit gemacht wurden, sind am serbischen, fast hermetisch von ihm durch Grenz- und Pestkordons abgeschlossenen Lande spurlos vorübergegangen.

Unter diesen Umständen ist es erklärlich, dass wir nicht wissen, wie die Gerichte mit den Geschworenen vor der türkischen Herrschaft waren und warum die Rechtsquellen hierüber nicht vorhanden sind.

3. Mit der Befreiung von der türkischen Herrschaft beginnt eine Umwandlung nach jeder Richtung hin.

Serbien musste alles von neuem schaffen, um der Civilisation folgen zu können.

Mit den verschiedenen Gesetzen der serbischen Gesetzgebung entstand auch das Strafgesetzbuch vom 29. März 1860 und die Strafprozessordnung vom 10. April 1865, welche dem französischen Code d'instr. crim. nachgebildet ist. Aber mit der Entstehung der Strafprozessordnung wurde das Schwurgericht (porotni sud) nicht eingeführt. Es war unmöglich alles auf einmal einzuführen und dann wollte man es ohne Schwurgerichte versuchen, denn man konnte im voraus nicht wissen, ob die Schwurgerichte notwendig seien.

Erst allmählich hatte sich in dem Volke das Bedürfnis der Einführung der Schwurgerichte (porotni sud) immer lauter und energischer geltend gemacht.

4. Der unmittelbare Anlass hierzu war die Beweistheorie in der Strafprozessordnung vom 10. April 1865. Durch die serbische Strafprozessordnung wurde die gesetzliche Beweistheorie eingeführt, nach welcher der Richter unbedingt verpflichtet ist, unter gewissen qualitativen und quantitativen Voraussetzungen den Beweis der That und der Schuld als erbracht anzusehen. Dabei also kommt es nicht darauf an, ob die persönliche Ueberzeugung des Richters mit diesem Ergebnis übereinstimmt. Es genügt, dass die gesetzlichen Beweisregeln richtig angewendet sind.

Infolge dessen konnte vielen Verbrechern nichts bewiesen werden; und die Folge war, dass die Verbrecher, gegen welche man nach dem Gesetze nicht genügende Beweise verschaffen konnte, freigesprochen wurden und ohne Strafe blieben.

Die Verbrechen, für welche der Schuldbeweis schwer zu beschaffen war, waren: Diebstahl (kradja),

Raub (razbojnischto) und Brandstiftung (paljevina). Also gewisse schwere Verbrechen und zugleich diejenigen, welche am häufigsten begangen werden. Die Schwierigkeit zur Verschaffung der Beweise bei diesen Delikten lag darin, dass die Bevölkerung dünn und deshalb die Verfolgung der Verbrecher schwierig war, und so kam es sehr oft vor, dass ein Verbrecher, bei dem das Volk überzeugt war, dass er das Verbrechen begangen hat, nur mangels Beweise freigesprochen wurde. Infolge dessen wurde das Vertrauen der Bevölkerung auf eine gerechte Rechtsprechung schwer erschüttert.

Das waren die Gründe, aus welchen das Volk immer lauter und energischer die Einführung der Schwurgerichte verlangte. — In den Schwurgerichten sah man ein Mittel, durch das die Verbrecher sich der Strafe nicht entziehen können, da für die Geschworenen die gesetzliche Beweistheorie nicht gilt und die Geschworenen auf „Schuldig“ sprechen können, wenn sie nur überzeugt sind, dass der Verbrecher die That begangen hat.

Die Notwendigkeit der Einführung der Schwurgerichte wurde bald eingesehen und der Antrag auf die Schaffung eines Schwurgerichtsgesetzes in zwei grossen Skupschtina¹⁾ gestellt, so, dass durch die Verfassung vom Jahre 1869 das Schwurgericht garantiert wurde. Der Justizminister wurde darauf im Jahre 1871 mit der Ausarbeitung eines Entwurfes betraut. Der Entwurf des Schwurgerichtsgesetzes war im September desselben Jahres fertiggestellt und im September 1871 der Skupschtina vorgelegt. Derselbe wurde von der Skupschtina dem Gesetzgebungsausschuss zur Vorberatung überwiesen. Der Gesetzgebungsausschuss hatte

¹⁾ „Skupschtina“ heisst serbisches Abgeordnetenhaus.

seine Aufgabe schon in demselben Monat gelöst. Das Ergebnis waren mehrere Abänderungen in dem Entwurfe. Die Berichterstattung des Gesetzgebungsausschusses wurde am 27. September der Skupschtina eingebracht, und gleich nachher begann die Beratung in derselben und nach kurzer Debatte wurde der Entwurf fast mit allen Abänderungen des Gesetzgebungsausschusses angenommen. Unter dem 21. Oktober 1871 wurde das Schwurgerichtsgesetz publiziert und trat am 1. Januar 1872 in Kraft.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, dass die Gründe für die Einführung der Schwurgerichte in Serbien nicht diejenigen waren, welche bei der Einführung der Schwurgerichte in Frankreich und Deutschland mitgewirkt haben. Während für die Einführung der Schwurgerichte in Frankreich und Deutschland die politischen Verhältnisse von Bedeutsamkeit waren und das Schwurgericht als ein wesentlich politisches Institut betrachtet wurde, sehen wir, dass in Serbien die Schwurgerichte als eine Verbesserung der Justiz lediglich im Interesse der Gerechtigkeit d. h. der Notwendigkeit einer durchgreifenden, wirksamen Verbrechensbestrafung eingeführt wurden.

B. Das Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1871.

1) Die erste Frage bei der Entstehung des Schwurgerichtsgesetzes war, welche Verbrechen der Zuständigkeit der Schwurgerichte zugewiesen werden sollen.

Diese Frage war in der Skupschtina leicht zu beantworten, denn die Zuständigkeit der Schwurgerichte war durch die Verfassung vom Jahre 1869, welche zugleich die Schwurgerichte garantiert hat, geregelt. Die Schwurgerichte waren für folgende Verbrechen zuständig:

- a. für Diebstahl,
- b. für Raub und
- c. für Brandstiftung (Art. 18 Schwurgerichtsgesetz.)¹⁾

Also nicht für jeden Diebstahl konnte das Schwurgericht zur Anwendung kommen, sondern nur für die schweren Diebstähle. Der Gesetzgebungsausschuss war der Meinung, — was auch von vielen Abgeordneten geltend gemacht wurde — dass die Zuständigkeit der Schwurgerichte grösser sein und sich vor allem auf jeden Diebstahl erstrecken solle, da dieses Verbrechen am häufigsten sei und man für dasselbe nicht immer die notwendigen Beweise verschaffen könne. Das wurde nicht angenommen, denn die Verfassung spricht nur vom schweren Diebstahl.²⁾

2. Die zweite und wichtigste Bestimmung war die Besetzung der Schwurgerichte und die Urteilsprechung in denselben.

Nach dem Gesetze vom Jahre 1871 ist das Schwurgericht mit drei Richtern und vier Geschworenen besetzt. Die Geschworenen werden durch den Präsidenten bestimmt. Derselbe wählt aus der Jahresliste acht Geschworene und zwar vier aus der Gemeinde des Angeklagten und vier aus der Gemeinde, in welcher das Verbrechen begangen ist. Die Namen dieser Geschworenen hat er dem Staatsanwalt und dem Angeklagten mindestens acht Tage vor der Hauptverhand-

¹⁾ Art. 18 Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1871 lautet: Die Schwurgerichte sind nach dem Art. 117 der Verfassung zuständig für folgende Verbrechen:

- 1. Schwere Diebstähle §§ 223, 223 a und 223 b Str.-G.-B.
- 2. Raub §§ 237—242 und 250 Str.-G.-B.
- 3. Brandstiftung §§ 295—299 Str.-G.-B.

Hierbei kommt es nicht darauf an, ob diese Verbrechen vollendet oder versucht sind.

²⁾ Siehe: Skupschtina-Protokoll vom Jahre 1871. S. 233 ff.

lung anzugeben. Dies geschieht zu dem Zweck, damit die Parteien das ihnen zustehende Ablehnungsrecht ausüben können. Jede Partei kann nur zwei Geschworene ohne Angabe eines Grundes ablehnen, also können im Ganzen vier Geschworene abgelehnt werden. Wenn die Parteien dieses ihnen zustehende Recht ausgeübt und vier Geschworene abgelehnt haben, dann ladet der Vorsitzende andere vier nicht abgelehnte Geschworene zur Sitzung des Schwurgerichts vor; aber wenn die Parteien keinen Geschworenen oder weniger als vier abgelehnt haben, dann wählt der Vorsitzende aus dieser Zahl vier Geschworene, welche er gleich zur Hauptverhandlung vorladet. Diese vier Geschworenen mit drei Richtern bilden das Schwurgericht. Die wichtigste Eigentümlichkeit des serbischen Schwurgerichts besteht darin, dass die Beantwortung der Schuldfrage nicht wie in England, Frankreich und Deutschland allein Aufgabe der Geschworenen ist, sondern auch die Richter haben Teil an derselben.

Am Schlusse der Hauptverhandlung erfolgt die Beratung über die Schuldfrage. Der Vorsitzende kann, ohne dazu verpflichtet zu sein, die Geschworenen belehren und die vorgebrachten Beweise erklären, ohne jedoch seine eigene Ansicht kund zu geben. Nach der Beratung beantworten Richter und Geschworene gemeinsam die Schuldfrage auf Grund der vor ihnen geführten Verhandlung und der Kenntniss der Sache, welche sie in der Hauptverhandlung bekommen haben.

In der Beantwortung der Schuldfrage durch Richter und Geschworene liegt das charakteristische Kennzeichen des serbischen Schwurgerichts, welches man in den Schwurgerichten anderer Völker nicht findet.

Um nun zu verstehen, warum gerade diese Eigentümlichkeit im serbischen Schwurgericht Eingang gefunden hat, muss man den damaligen Zustand des

serbischen Volkes in Berücksichtigung ziehen. — Serbien hatte nach der Befreiung von der türkischen Herrschaft noch keine Civilisation. Das Volk bestand — wie auch heute noch — grösstenteils aus Bauern. Es war schriftunkundig, juristisch ungebildet, ausserdem war das Schwurgericht für Serbien ein neues Institut. Aus allen diesen Gründen konnte man nicht ein solches Schwurgericht einführen, wie wir es bei anderen civilisierten Völkern vorfinden, und die Beantwortung der Schuldfrage nur den Geschworenen aus dem Volke, die meistens Bauern sind, überlassen. Das Schwurgericht musste also den Bedürfnissen des Volkes entsprechen, und darum erschien die Mitwirkung der Richter bei der Lösung der Schuldfrage unerlässlich.

3. Für einen gültigen Wahrspruch verlangt das Schwurgerichtsgesetz von 1871 eine Mehrheit von mindestens fünf Stimmen,

In der Skupschtina wurde von einigen Abgeordneten geltend gemacht, dass die einfache Mehrheit von vier Stimmen genüge; aber die Motive der Mehrheit der Abgeordneten für die Mehrheit von fünf Stimmen gingen davon aus, dass nie der Fall vorkommen soll, dass die Schuldfrage nur von den Geschworenen aus dem Volke entschieden werden könne, was bei der Majorität der Geschworenen den Richtern gegenüber leicht der Fall wäre; denn bei dem Schwurgericht sollten vier Geschworene und drei Richter mitwirken und im Falle einfacher Stimmenmehrheit würden die vier Stimmen der Geschworenen ohne eine richterliche Stimme genügt haben, um die Schuldfrage zu entscheiden, was für die Gerechtigkeit in vielen Fällen nachteilig gewesen wäre. Mit der Mehrheit von fünf Stimmen wollte man also erreichen, dass die Schuldfrage nicht nur von den Geschworenen allein, sondern auch von den Richtern entschieden werde.

4. Ueber die Auswahl der Geschworenen herrschte bei der Debatte in der Skupschtina grosse Meinungsverschiedenheit.

Nach dem Entwurfe sollte von jeder Gemeinde ein Verzeichnis von den zum Geschworenendienst fähigen Bürgern aufgestellt werden. Alle diese Urlisten wären in jedem Bezirk einem Ausschusse zuzuschicken, der, bestehend aus 15 Mitgliedern und zwar aus den Staatsbeamten und Vertrauensmännern eines Bezirkes, in den einzelnen Bezirken jährlich zusammentritt.

Diesem Ausschuss lag ob, die Geschworenen für das nächste Geschäftsjahr aus den Urlisten auszuwählen. Damit wollte man erreichen, dass die Auswahl durch die Urliste vorbereitet wird, und dass aus dieser die Fähigsten zur Bildung der Geschworenenbank bestimmt werden.

Der Gesetzgebungsausschuss dagegen nahm bezüglich dieser Frage wesentliche Veränderungen vor. Seine Ansicht in seinem Bericht über das Schwurgerichtsgesetz war folgende:

„Das Schwurgericht würde den Bedürfnissen unseres Landes, aus denen wir dasselbe einführen, nicht entsprechen, wenn die Geschworenen so gewählt würden, wie das der Entwurf bestimmt und zwar aus folgenden zwei Gründen:

1) meistens würden solche Personen Geschworene werden, die weder den Angeklagten noch den Kläger kennen, und

2) bei solcher Auswahl wären viele Förmlichkeiten zu erfüllen; dadurch würde man das Volk unnötigen Ausgaben aussetzen und dabei schon belastete Gemeinde- und andere Staatsbehörden zum Nachteil anderer Geschäfte belasten, obgleich ohne diese Förmlichkeiten die Auswahl stattfinden könnte, ohne das Recht irgend eines zu verletzen.

Der Gesetzgebungsausschuss meinte, es sei in unserem Lande notwendig, dass die Geschworenen sowohl den Angeklagten wie den Kläger kennen und deswegen hatte er eine andere Art der Auswahl vorgeschlagen, nach welcher über den Angeklagten zwei Geschworene aus seiner Gemeinde und zwei aus der Gemeinde des Privatklägers urteilen sollten, sodass beide Parteien bei dem Gericht vertreten sind und den Richtern Auskunft über alles Erforderliche geben können.

Zu diesem Vorschlag wurde der Gesetzgebungsausschuss veranlasst durch die Erwägung, dass der Verbrecher dann eher bestraft werde, wenn bei der Urteilsfällung diejenigen mitwirken, die ihn (den Verbrecher) kennen, und dass der Privatkläger den Angeklagten für etwas nicht zur Verantwortung ziehen könne, wofür er (der Angeklagte) nicht verantwortlich ist, wenn auch diejenigen urteilen, die aus der Gemeinde des Privatklägers sind und denselben ebenso kennen.

Ausserdem war der Gesetzgebungsausschuss der Ansicht, dass bei einer solchen Art der Auswahl grösstenteils das Volk vertreten sein und keine Ursache haben werde, sich künftig zu beklagen, wenn ein Verbrecher ungestraft bleibt. So werden die redlichen Leute geachtet werden, denn diese werden Geschworene sein, andererseits werden solche Leute, aus Furcht man könne über sie etwas schlechtes sagen, sich so benehmen, dass sie die Liebe der redlichen verdienen. Endlich wird diese Art der Auswahl in den Geschworenen die moralische Pflicht wecken, in ihren Gemeinden die schlechten Leute zu beobachten, sodass sie bei der Urteilsfällung mit gutem Gewissen ihr Urteil über sie abgeben können.“¹⁾

¹⁾ Siehe Skupschtina-Protokoll vom Jahre 1871, S. 198.

Der leitende Gedanke des Gesetzgebungs-Ausschusses war also, dass die Geschworenen den Angeklagten kennen sollten, weswegen er vorgeschlagen hatte, dass die Gemeinderäte für jede Gemeinde die Geschworenen wählen sollten. Infolge dessen sei die Geschworenenbank so zu besetzen, dass für jeden einzelnen Fall zwei Geschworene aus der Gemeinde, in welcher der Angeklagte lebt und zwei aus derjenigen, in welcher das Verbrechen begangen wurde, zu entnehmen seien. Hat der Angeklagte aber das Verbrechen in derselben Gemeinde, in der er lebt, begangen, dann sollten alle vier Geschworenen dieser Gemeinde entnommen werden.

Auf solche Weise glaubte man den Bedürfnissen, die die Bildung des Schwurgerichtes veranlassten, gerecht zu werden.

Der Vorschlag des Gesetzgebungs-Ausschusses, von vielen Abgeordneten unterstützt, wurde in der Skupschtina angenommen.

5. Nach dem Art. 1 ¹⁾ dieses Schwurgerichtsgesetzes ist zum Geschworenen fähig jeder dreissigjährige Bürger, der zur Zeit der Auswahl fünf volle Jahre in Serbien gelebt hat und der mindestens sechs Thaler Steuer zahlt.

Nach diesem Gesetz wählt nicht nur der Gemeinderat die Geschworenen, sondern er ist zugleich für die erhobenen Beschwerden, welche gegen die Richtigkeit der Auswahl gerichtet sind, zuständig. Gegen diese Entscheidungen des Gemeinderats findet Beschwerde statt, für welche der Vorsitzende des Gerichts erster

¹⁾ Art. 1 Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1871 lautet: Geschworener kann jeder sein, der zur Zeit der Auswahl 30 Jahre alt ist, in Serbien fünf volle Jahre gelebt hat und mindestens sechs Thaler Steuer zahlt.

Instanz zuständig ist. Die Frist für dieselbe beträgt sechs Tage.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen des ersten serbischen Schwurgerichtsgesetzes vom 21. Oktober 1871. Bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes war die ganze Aufmerksamkeit darauf gerichtet, die Bedürfnisse, aus welchen das Schwurgericht entstand, zu befriedigen.

Zweites Kapitel.

Das Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1892. — Die Abänderungen vom Jahre 1894.

A. Das Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1892.

I. Von vornherein ist darauf hinzuweisen, dass das Schwurgericht (porotni sud) des ersten Schwurgerichtsgesetzes die erwünschten Resultate nicht erzielt und die Bedürfnisse nicht befriedigt hat. Gerade das, was das Schwurgericht notwendig machte, blieb nach der Entstehung des Schwurgerichtsgesetzes so wie früher.

In der Praxis zeigte sich, dass sich die Verbrecher jetzt, wenn sie von dem Schwurgericht abgeurteilt wurden, gerade so wie vor der Entstehung der Schwurgerichte, der Strafe entzogen. Dass damit die Gerechtigkeit nicht befriedigt werden konnte, ist leicht einzusehen.

Die Verbrecher wurden jetzt nicht wegen mangelnden Beweises freigesprochen und so entzogen sie sich nicht der Strafe aus denselben Gründen, wie vor der Entstehung der Schwurgerichte. — Vor der Einführung der Schwurgerichte beklagte man die Beweistheorie, nach welcher man nicht immer genügende Beweise für die Schuld des Angeklagten sich verschaffen konnte; deswegen wurde das Schwurgericht eingeführt, welches diesen Mangel ausmerzen sollte,

und doch blieb das Resultat beinahe dasselbe wie vor Einführung der Schwurgerichte.

Hier taucht die Frage auf: wie konnten sich die Verbrecher bei dem Schwurgericht der Strafe entziehen, wenn mit der Einführung der Schwurgerichte alle Hindernisse weggeräumt wurden?

Die Antwort auf diese Frage ist, wie die Statistik zeigt, die, dass die Verbrecher von den Geschworenen aus dem Volke sehr oft nicht wegen mangelnden Beweises, sondern aus anderen Gründen freigesprochen wurden.

Der Justizminister hatte beinahe von allen Gerichten erster Instanz Berichte, welche sich über die Geschworenen beklagten, dass sie die Verbrecher ohne irgend einen gesetzlichen Grund freisprechen. In der Skupschtina wurden von den Abgeordneten und besonders von den Richtern, die bei den verschiedenen Verhandlungen als Geschworene mitgewirkt haben, viele Beispiele vorgebracht, aus denen ersichtlich war, dass die Geschworenen ohne irgend einen Grund für „Nichtschuldig“ stimmten. Solche Fälle kamen sogar dann vor, wenn der Angeklagte über die begangene That ein Geständnis abgelegt hat. Als Beweis des bisher Gesagten seien hier einige solche Beispiele angeführt, welche in der Skupschtina bei der Beratung vorgebracht wurden.

Ein Präsident des Gerichts erster Instanz als Abgeordneter hat folgende zwei Beispiele aus seiner Praxis angeführt:

„Ein Dieb ist in einer Nacht in eine Mühle, nachdem er das Fenster eingeschlagen hatte, eingestiegen und hat einen grossen Sack mit Mehl von 40—50 kg gestohlen. Derselbe hat sich vor dem Schwurgericht damit verteidigt, dass sein kleiner Sack mit Mehl von 10—15 kg auch in der Mühle war und

im Dunkeln er statt seinen kleinen einen anderen grossen Sack genommen hat! Bei allen Bemühungen, die Bestrafung des Verbrechers zu bewirken, konnte ich die Geschworenen von der Schuld des Diebes nicht überzeugen. Die Geschworenen haben gesagt, dass der Dieb nicht schuldig sei und ihn freigesprochen.

Ein anderer Fall ist folgender:

Ein Mönch wurde einmal bestohlen. Die Verbrecher wurden gefangen. Die Beweise sprachen für ihre Schuld. Aber, als es zur Entscheidung kam, sind die Geschworenen aufgestanden und haben die Verbrecher heftiger verteidigt als der Verteidiger selbst. Was konnte ich in solchem Fall thun?! Darüber habe ich ein Protokoll aufgenommen und solche Geschworene von weiterer Sitzung ausgeschlossen.“¹⁾

Ein anderer Präsident des Gerichts erster Instanz hat folgendes Beispiel angeführt:

„Unweit von der Stadt Kragujewaz ist das Dorf Koricani und in demselben leben einige Arnauten. Eines Abends wurde ein Bauer getötet vorgefunden. Die Untersuchung hat gezeigt, dass diese Arnauten den Bauer getötet haben, denn unter anderen Beweisen ist an dem Ort der That das Messer gefunden, welches ihnen gehörte. Als Geschworene für diesen Fall haben vier Bauern aus diesem Dorf mitgewirkt. Bei der Entscheidung der Schuldfrage haben alle Staatsrichter für „Schuldig“ und alle Geschworenen für „Nichtschuldig“ gestimmt. Der Staatsanwalt wollte die Sache nicht so hingehen lassen und glücklicherweise hat er eine Kleinigkeit gefunden, nach welcher einer von den Geschworenen nicht die Qualifikation eines Geschworenen hatte; deswegen hat er die Beschwerde gegen dieses Urteil erhoben und dasselbe wurde vom Kassationshof auf-

¹⁾ Siehe: Skupschtina-Protokoll vom Jahre 1892. Seite 898.

gehoben. Der Präsident des Gerichts erster Instanz nahm jetzt andere Geschworene aus Kragujewaz, welche auf Schuldig stimmten, und so wurden zwei von den Verbrechern zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt.“¹⁾

Und endlich: ein Richter als Abgeordneter hat unter anderem folgendes angeführt:

„ Bei evidenter Sachlage und offensichtlichen Beweisen habe ich gesehen, dass die Geschworenen für „Nichtschuldig“ stimmten. In solchem Falle habe ich sie öfters gefragt: „Wenn das nicht bewiesen ist, was ist dann bewiesen?“ — Wissen Sie, was für Antworten ich bekommen habe? — „Herr Vorsitzender, du wirst von hier gerade in dein Haus gehen, hier hast du Polizei- und andere Sicherheitsbehörden, hier lebst du und hast nichts zu riskieren und ich dagegen gehe von hier durch Wald und Feld. Alles was du hast, ist in deinem Kasten, und alles was ich habe, ist auf dem Land.“²⁾

Oben ist gesagt, dass das Schwurgericht zunächst vom Volke, als eine Garantie für die Gerechtigkeit, verlangt wurde — und jetzt sehen wir, dass gerade Geschworene aus dem Volke die Gerechtigkeit gefährdeten. Damit man diese Handlungen der Geschworenen erklären kann, müssen hier die Gründe, aus welchen sie so handelten, hervorgehoben werden.

Es fragt sich also: wie lässt sich eine solche Handlungsweise der Geschworenen begründen?

Die Gründe sind folgende:

a. Der wichtigste Grund, aus welchem die Geschworenen für Nichtschuldig stimmen mussten, ist Furcht vor der Rache des Verbrechers.

Da die Geschworenen beinahe nur, entsprechend dem Charakter der Bevölkerung, aus dem Bauernstande

¹⁾ Siehe: Skupschtina-Protokoll vom Jahre 1892 Seite 917.

²⁾ Siehe: Skupschtina-Protokoll vom Jahre 1894. Seite 177.

hervorgehen, die Bauern aber bei der dünnen Bevölkerung des Landes getrennt auf Einzelhöfen wohnen, so ist es für einen Verbrecher oder dessen Helfershelfer leicht, sich an ihm für ein zu dessen Ungunsten abgegebenes Urteil zu rächen. — Solche Fälle sind öfter vorgekommen, dass nämlich der Verbrecher, nachdem er die Strafe verbüsst hat, sogleich zu den Geschworenen, die ihn verurtheilt haben, ging, um sich an ihnen zu rächen. Die Rache führt er entweder gegen die Geschworenen selbst oder ihre Familien oder ihr Vermögen, was öfter der Fall ist, aus; im letzteren Falle tötet er das Vieh des Geschworenen oder setzt dessen Besitztum auf dem Lande in Brand.

b. So handelt ein Verbrecher, nachdem er verurteilt ist. Aber noch bevor er verurteilt ist, also vor der Hauptverhandlung, wendet der Verbrecher gewöhnlich noch ein Mittel gegen die Geschworenen an, und zwar die Bedrohung.

Die Geschworenen werden, nach dem Gesetze vom Jahre 1871, vom Präsidenten des Gerichts erster Instanz acht Tage vor der Hauptverhandlung gewählt. Daher weiss der Verbrecher noch vor der Hauptverhandlung, wer die Geschworenen sind. Jetzt droht er oder, wenn er verhaftet ist, seine Familie den Geschworenen, dass sie sich rächen werden, wenn sie für Schuldig stimmten.

c. Ein dritter Grund, der nicht so wichtig ist, aber doch einen grossen Einfluss auf die Geschworenen ausübt, liegt darin, dass der Angeklagte und besonders seine Familie durch mancherlei Versprechungen Geschworene zur Freisprechung bewegen wollen.

Dieser Einfluss ist zu verstehen, wenn man weiss, dass die Geschworenen und Verbrecher in einer und derselben Gemeinde leben. Sie sind oft Nachbarn, gute Bekannte, Freunde oder stehen in geschäftlichen

Beziehungen zu einander. Dazu kommt noch der Umstand, welcher schon oft erwähnt ist, dass die Geschworenen ungebildete Bauern sind, welche man mit diesen Mitteln leicht beeinflussen kann, und deswegen bei der Erfüllung ihrer Pflicht oft nicht selbständig und gewissenhaft sind ¹⁾).

Das sind die Gründe, welche dazu beitrugen, dass die Geschworenen nicht selbständig sein konnten. Nur so erklärt es sich also, wie die Verbrecher sich der Strafe beim Schwurgericht, trotz dessen Einführung, entziehen konnten.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass das Schwurgericht des ersten Schwurgerichtsgesetzes die erwünschten Resultate nicht erzielt hat. Die Gerechtigkeit wurde nicht befriedigt und der Zustand war beinahe derselbe wie vor der Einführung der Schwurgerichte.

Ein solcher Zustand durfte nicht länger fort dauern, und all' dem musste ein Ende gemacht werden. Dies glaubte man durch Abänderung des Schwurgerichtsgesetzes zu erzielen. Da man aber eingesehen hatte, dass viele und wichtige Bestimmungen aus dem ersten Schwurgerichtsgesetze abgeändert werden mussten, — so wurde von der Regierung der Entwurf eines neuen Schwurgerichtsgesetzes im Jahre 1892 der Skupschtina vorgelegt. Dieser Entwurf wurde von der Skupschtina angenommen und am 31. März 1892 als Gesetz verkündet.

II. Das Fiasko, welches man mit dem ersten Schwurgerichtsgesetz, auf das man seine ganze Hoffnung gesetzt hatte, machte, war also die Veranlassung zu einer vollständigen Umarbeitung desselben.

Die wichtigsten Abänderungen, welche vorgenommen wurden, sind folgende:

¹⁾ Siehe: Skupschtina-Protokoll vom Jahre 1892. Seite 896 ff.

1) Die erste und wichtigste Abänderung, welche das neue Gesetz hervorrief, liegt in der Besetzung der Schwurgerichte.

Das Schwurgericht des ersten Gesetzes war zusammengesetzt aus drei Richtern und vier Geschworenen aus dem Volke und zwar zwei aus der Gemeinde, in welcher der Verbrecher lebt, und zwei aus der Gemeinde, in welcher er das Verbrechen begangen hat. Diese Geschworenen konnten nicht selbständig sein, und folglich das Schwurgericht nicht den Bedürfnissen, denen man durch dasselbe gerecht werden wollte, entsprechen. Das neue Schwurgerichtsgesetz hat dieselbe Besetzung, d. h. drei Staatsrichter und vier Geschworene, behalten, aber nicht alle Geschworenen wurden dem Landvolke bezw. dem Bauernstande entnommen. Nach diesem Gesetz wurden nur zwei Geschworene, die dem Angeklagten nahe stehen, und zwar einer aus der Gemeinde, in welcher der Angeklagte lebt, und der andere aus derjenigen, in welcher das Verbrechen begangen ist, gewählt. Die beiden anderen dagegen wurden der Gemeinde, in welcher das Schwurgericht seinen Sitz hat, entnommen. Diese zwei Geschworenen wurden deswegen aus den Städten genommen, weil in den Städten die Sicherheit viel grösser ist als auf dem Lande und der Verbrecher hier nicht die Möglichkeit hat, sich zu rächen, wie sie ihm auf dem Lande geboten ist. Was den Einfluss des Verbrechers und seiner Familie auf den Geschworenen anbelangt, so ist er hier bei den Geschworenen aus den Städten ausgeschlossen, denn der Verbrecher und seine Familie kennt diese Geschworenen nicht und kann in solchen Verhältnissen und Beziehungen mit ihnen nicht stehen, wie das bei den Geschworenen aus dem Dorfe vorkommen kann.

Hier sind also nur zwei Geschworene, die den

Verbrecher unmittelbar kennen, und sie sind dazu da, dass sie über das Leben, den Charakter und die anderen Eigenschaften des Verbrechers den Geschworenen aus der Stadt und den Richtern Bericht erstatten.

Oben ist gesagt, dass in der Skupschtina bei der Besprechung über die Auswahl der Geschworenen besonders geltend gemacht wurde, dass dieselben unbedingt den Verbrecher kennen sollen, und nur deshalb wurde der Vorschlag des Justizministers über die Auswahl abgelehnt. Aber gerade das hat sich in der Praxis unpraktisch gezeigt, und als Verbesserung dessen werden nach dem neuen Gesetz zwei Geschworene aus der Stadt genommen.

Die Auswahl der Geschworenen erfolgt nach dem neuen Gesetz genau so wie nach dem alten. — Meiner Ansicht nach sollte die Auswahl der Geschworenen auch geändert werden und zwar so, wie das der Entwurf für das erste Schwurgerichtsgesetz bestimmt hat. Die Praxis hat gezeigt, dass gerade der Umstand, dass die Geschworenen den Verbrecher kennen und ihm so nahe stehen, unpraktisch und sogar für die Justiz gefährlich ist. Wenn ein Bezirksausschuss die Geschworenen wählen würde, so wäre die Auswahl aus vielen Gründen besser als bis jetzt, denn Serbien ist nicht ein grosses Land, die Bezirke sind klein, die Bevölkerung dünn und jeder Geschworene kennt beinahe alle Leute und besonders die Verbrecher aus dem Bezirke. Ferner kann die Geschworenenbank nicht mit den fähigsten Männern besetzt werden, wenn die Gemeinderäte unmittelbar die Geschworenen wählen, wie das der Fall wäre, wenn ein Ausschuss aus einer Urliste, also aus einer Zahl, die kleiner ist, wählen würde.

2) Die zweite Abänderung liegt darin, dass die

Geschworenen jetzt nicht vom Präsidenten des Gerichts erster Instanz ausgewählt, sondern ausgelost werden.

Der Präsident des ersten Schwurgerichtsgesetzes hat die Geschworenen acht Tage vor der Hauptverhandlung auszuwählen und zur Verhandlung einzuladen. Der Verbrecher wusste also im Voraus, wer die Geschworenen waren und konnte daher ihnen mit Rache drohen. Diese Bestimmung wurde jetzt dahin geändert, dass der Vorsitzende, nachdem die Parteien das Ablehnungsrecht ausgeübt haben, acht Geschworene zur Verhandlung einladet, aus welchen vier vor dem Beginn der Verhandlung ausgelost werden.

Hier wurde eine neue Bestimmung angenommen, nach welcher die Staatsrichter ebenfalls wie die Geschworenen durch das Los bestimmt werden. Die Motive der Skupschtina für die Auslosung der Richter für jeden einzelnen Fall waren folgende: „Da man im Voraus nicht wissen kann, wer von den Richtern bei der Urteilsfällung mitwirken wird, und da der einzelne Richter deswegen nicht allen diesen Unannehmlichkeiten vonseiten derjenigen, welche ein Interesse an der Freisprechung des Verbrechers haben, ausgesetzt werden kann, — so ist es besser und für die Richter bequemer, wenn sie sich davon befreien können. Das wird eine Massregel und eine Garantie für die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit sein, obgleich sie nur in jenen Gerichten ausführbar ist, bei welchen die Zahl der Richter grösser als drei ist.“¹⁾

3) Die dritte Abänderung liegt in der Abstimmung der Geschworenen.

Nach dem ersten Schwurgerichtsgesetz war zu einem gültigen Wahrspruch auf Schuldig eine Mehr-

¹⁾ Siehe: Skupschtina'-Protokoll vom Jahre 1892. Seite 916.

heit von wenigstens fünf Stimmen erforderlich, sodass der Angeklagte, wenn vier Geschworene für Schuldig und drei für Nichtschuldig stimmten, doch freigesprochen werden musste. Das war auch ein Grund, dass die Verbrecher sich oft der Strafe entziehen konnten, denn nur drei Stimmen der Geschworenen aus dem Volke genügten zu ihrer Freisprechung.

Im neuen Gesetz wurde das dahin verbessert, dass zu einer jeden Entscheidung einfache Stimmenmehrheit genügt.

4) Endlich kann hier noch eine Ergänzung erwähnt werden, welche in der Zuständigkeit der Schwurgerichte liegt.

Bei der Einführung der Schwurgerichte wurde geltend gemacht, dass die Zuständigkeit weiter sein soll; allein das war unmöglich, da die Zuständigkeit durch die Verfassung festgelegt war. Die neue Verfassung vom Jahre 1888 dagegen garantierte nur die Schwurgerichte und überliess die Regelung der Zuständigkeit derselben dem Schwurgerichtsgesetze. — Im neuen Schwurgerichtsgesetze wurde dieselbe Zuständigkeit des Schwurgerichts beibehalten. Ausser Diebstahl, Raub und Brandstiftung, auf welche sich die Zuständigkeit des Schwurgerichts als auf die Gewohnheitsverbrechen erstreckte, wurde die Zuständigkeit auf den Vorschlag eines Abgeordneten noch auf die Sachbeschädigung ausgedehnt, denn dieses Verbrechen gehört nach den Motiven auch zu denjenigen Verbrechen, welche aus Gewohnheit und, was noch wichtiger ist, am häufigsten aus Rache begangen werden, deswegen es unter die Zuständigkeit des Schwurgerichts kommen sollte.¹⁾

Das sind die wichtigsten Abänderungen, welche

¹⁾ Siehe : Skupschtina's Protokoll vom Jahre 1892. Seite 930 ff.

aufgrund der gemachten Erfahrungen vorgenommen wurden. Beinahe alle anderen Bestimmungen hat das Schwurgerichtsgesetz beibehalten, worüber unten ausführlicher die Rede sein wird.

B. Die Abänderungen im Schwurgerichtsgesetz.

Dies neue Schwurgerichtsgesetz hatte in seiner praktischen Anwendung bei weitem bessere Erfolge erzielt als das erste. Trotzdem aber war es nicht imstande, allen Erwartungen vollkommen zu entsprechen, die man gehegt hatte.

Auch jetzt noch kam es oft genug vor, dass die Verbrecher unbestraft blieben. In der Praxis zeigte es sich, dass, wenn im Schwurgericht von sieben Mitgliedern vier aus dem Volke waren, die Entscheidung oft zum Nachteil der Gerechtigkeit, Sicherheit und der staatlichen Interessen ausfiel. Dieser schädliche Einfluss musste zum Vorteil des Gerichts und der rechtsgelehrten Richter beseitigt werden. Den einzigen Ausweg hierfür sah man in der abermaligen Abänderung des Gesetzes.

Aus denselben Gründen, welchen das Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1892 seine Entstehung verdankte, wurde der Vorschlag für die Abänderungen der Skupschtina am 19. November 1894 vorgelegt und von der Skupschtina schon am 21. November beinahe einstimmig angenommen.

Die wichtigste Abänderung liegt in der Zahl der Geschworenen.

Die Motive für diese Abänderung enthält der Vorschlag des Justizministers, welcher von dem Gesetzgebungsausschuss einstimmig angenommen wurde. Dieser Gesetzesvorschlag lautet:

„Nach dem Art. 9 des Schwurgerichtsgesetzes

wird das Schwurgericht bei uns aus den Richtern des Gerichts erster Instanz und den Geschworenen — Bürgern — gebildet.

Nach dem Art. 27 des Schwurgerichtsgesetzes ist den Richtern auch die Befugnis eingeräumt, aufgrund der vor ihnen vorgebrachten Beweise und der Kenntnis der Sache darüber zu entscheiden: ob der Angeklagte schuldig ist oder nicht, also über die Thatfrage. Auf diese Weise hat unser Schwurgericht (porotni sud) den wahren Charakter des Schwurgerichts verloren. Deswegen ist es nicht von Belang für die Bedeutung unseres Schwurgerichts, wenn die Zahl der Geschworenen aus dem Volke in demselben grösser oder kleiner ist als die Zahl der Richter-Geschworenen.

Indessen hat es sich bei uns in der Praxis gezeigt, dass von sieben Stimmen im Schwurgericht, wenn vier Stimmen die Geschworenen aus dem Volke haben, die Entscheidung oft zum Nachteil der staatlichen Interessen und derjenigen Gerechtigkeit und Sicherheit ist, welche vom Schwurgericht verlangt wird. Es ist nicht notwendig, das zu beweisen, denn ich glaube, dass die Abgeordneten diese meine Ueberzeugung teilen werden.

Um diesen schädlichen Einfluss zum Vorteil der richterlichen Stimmen und demnach auch zu der regelrechten und unparteilichen Beurteilung des Verbrechens selbst zu beschränken, halte ich für notwendig, dass die Zahl im Schwurgericht auf zwei Geschworene reduziert werde. In diesem Sinne beehre ich mich, der Skupschtina diese Abänderung in dem Schwurgerichtsgesetz vorzuschlagen.“¹⁾

Einstimmig wurde in der Skupschtina dieser Abänderungsvorschlag angenommen. Ja, es waren sogar

¹⁾ Siehe: Skupschtina-Protokoll vom Jahre 1894. Seite 80.

einige der Abgeordneten, darunter einer der hervorragendsten Rechtsanwälte, der Meinung, die Schwurgerichte ganz abzuschaffen, wenn sie nicht von der Verfassung garantiert worden wären.

Um das Gesagte besser zu illustrieren, lasse ich diesem Abgeordneten, dem Herrn Maksimović, der zu gleicher Zeit Berichterstatter des Gesetzgebungsausschusses war, das Wort. In seiner Rede äussert er sich über diese Abänderung des Schwurgerichtsgesetzes folgendermassen :

„In allen Ländern ist das Schwurgericht für gewisse Verbrechen eingeführt; bei uns ist es auch mit dem Gesetze von 1871 eingeführt, und das Schwurgericht hat bei uns nach unseren Quellen noch in der Zeit unseres Kaisertums bestanden. Aber ohne Rücksicht darauf wäre es mir am liebsten, wenn ich für die ganze Abschaffung des Schwurgerichts aus unserer Gesetzgebung stimmen könnte, und zwar deswegen, weil dasselbe unsere Erwartungen nicht gerechtfertigt und die Erfolge, welche wir von demselben erwartet haben, nicht verwirklicht hat. Ja ich wiederhole, das Schwurgericht hat uns nicht das gebracht, was wir von ihm erwartet haben, sondern gerade das Gegenteil. Das grosse Prinzip im Recht, welches in allen modernen Gesetzgebungen und in unserer auch vorhanden ist, das Prinzip, nach welchem alle Behörden verpflichtet sind zu sorgen, dass die Unschuldigen nicht verurteilt werden und die Verbrecher sich nicht der Strafe entziehen können, hat im Schwurgericht öfter Fiasko gemacht, was der Beweis dafür ist, dass das heutige Leben unseres Volkes nicht für das Schwurgericht ist. Um das zu beweisen, meine Herren, was ich jetzt sagte, könnte ich Ihnen mehrere Beispiele aus meiner Praxis, welche älter als das erste Schwurgerichtsgesetz ist, anführen. Aber ich werde Ihre Geduld nicht er-

müden, sondern werde mich beschränken, Ihnen bloss zwei Beispiele vorzubringen, aus welchen Sie sehen werden, dass das Schwurgericht die Garantien für die persönliche und Eigentumssicherheit unserer Bürger nicht giebt.

Vor acht Jahren ist vor dem Gericht erster Instanz in Pozarewaz folgender Fall vorgekommen :

Einer wurde wegen zwei räuberischer Tötungen angeklagt. Von dem Schwurgericht wurde er mit der Todesstrafe verurteilt. Aber wegen Verletzung einer Form wurde dieses Urteil von dem Kassationshof aufgehoben und der Angeklagte von dem Schwurgericht, welches jetzt mit anderen Geschworenen besetzt war, freigesprochen — Hieraus sehen Sie, wie das Schwurgericht bei dem unmittelbaren Beweis — bei dem Geständnis des Angeklagten — gefunden hat, dass der Angeklagte nicht schuldig ist und zwar deswegen, weil auf die Geschworenen die Furcht gewirkt hat, weshalb sie nicht für Schuldig stimmten. Dieser Fall bestätigt auch diesen Umstand, dass solches Schwurgericht in dem Verbrecher den Entschluss stärkt, dass er von dem Schwurgericht wieder freigesprochen werden wird, wenn er noch einmal ein Verbrechen begeht. Und in der That, derselbe beging nachher noch zwei schwere Diebstähle und wurde wieder von dem Schwurgericht freigesprochen ; und ein drittes mal beging er einen Raub, und erst dann wurde er zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der andere Fall ist vor dem Gericht erster Instanz in Semendria vorgekommen und ist folgender :

Drei Verbrecher haben eine räuberische Tötung begangen. Einer von ihnen ist aus Osipaoniza, Bezirk Semendria, und die anderen zwei aus dem Bezirk Pozarewaz gewesen. Alle drei haben bei der Untersuchungsbehörde ihr Geständnis abgelegt. Da das

Verbrechen in Osipaoniza begangen war, so sind die Geschworenen dieser Gemeinde entnommen worden. Diese zwei Verbrecher aus dem Bezirke Pozarewaz wurden zum Tode verurteilt und der dritte aus Osipaoniza, also aus der Gemeinde der Geschworenen, freigesprochen. Natürlich hat die Familie die Geschworenen derart beeinflusst, dass der dritte aus Osipaoniza freigesprochen wurde.

Aus diesen Gründen also wäre es mir am liebsten, wenn ich nicht nur für diese Abänderung, sondern für die Abschaffung des Schwurgerichts stimmen könnte, aber das ist unmöglich, denn dasselbe ist durch die Verfassung garantiert“¹⁾

Die Abänderung liegt darin, dass die Schwurgerichte nur mit zwei Geschworenen und drei Richtern besetzt werden. Ein Geschworener wird der Gemeinde, in welcher der Verbrecher lebt, und der andere der Gemeinde, in welcher das Verbrechen begangen ist, entnommen. Wenn aber der Verbrecher in derselben Gemeinde, in welcher er lebt, das Verbrechen begangen hat, dann werden beide Geschworenen aus dieser Gemeinde gewählt.

Aus dem Gesagten ergibt sich also, dass nur die zwei Geschworenen, die aus der Stadt gewählt werden, weggefallen sind, damit die Richter die Mehrheit erlangten, sonst ist alles beim Alten geblieben. Nach dieser Abänderung wirken bei dem Schwurgericht nur die Geschworenen mit, die den Angeklagten kennen und man kann sagen, dass sie nur dazu da sind, um den Richtern über das Leben, den Charakter u. s. w. des Verbrechers Bericht zu erstatten, eine Einrichtung, die etwas an die englischen Beweisgeschworenen erinnert.

So haben wir in Kurzem die Entstehung und

¹⁾ Siehe: Skupschtina-Protokoll vom Jahre 1894. Seite 163, 164.

manigfache Aenderung des Schwurgerichtes in Serbien kennen gelernt. Das Schwurgericht Serbiens wurde nicht wie in den anderen Ländern eingeführt. Bei der Einführung der Schwurgerichte sah man nur auf die Bedürfnisse, welche durch sie befriedigt werden sollten. Aber alles das hat sehr wenig geholfen und endlich musste ihnen beinahe alles, was sie als Schwurgericht charakterisierte, weggenommen werden, sodass man sagen kann, dass die Schwurgerichte in Serbien eigentlich nicht wahre Schwurgerichte sind. — Solche Schwurgerichte kennen die Gesetzgebungen anderer Völker nicht, aber sehr ähnlich mit dem jetzigen serbischen Schwurgericht sind die sächsischen Schöffengerichte vom Jahre 1868. Diese Aehnlichkeit liegt darin, dass in Sachsen die Schöffen, wie in Serbien die Geschworenen, das Endurteil nur zu einem Teile mitfassten, und besonders darin, dass im Schöffengericht Richter und Schöffen, gradeso wie in Serbien Geschworene und Richter, gemeinsam die Schuldfrage beantworteten, während die Lösung der Straffrage allein den rechtsgelehrten Richtern oblag.¹⁾

Unsere nächste Aufgabe soll uns den Unterschied zeigen, welcher zwischen dem jetzigen Schwurgericht in Serbien und dem in den westeuropäischen Ländern besteht.

¹⁾ Vergl. Binding: Grundriss des deutschen Strafprozesses. Seite 87.

II. Abteilung.

Ueber das Schwurgericht Serbiens nach dem Gesetz vom Jahre 1892 mit den Abänderungen vom Jahre 1894.

Erstes Kapitel.

Organisation und Zuständigkeit der Schwurgerichte.

A. Organisation.

Bevor ich zur Schilderung der Schwurgerichte übergehe, werde ich, zum bessern Verständnis derselben, hier in kurzen Worten die Organisation der Gerichte erörtern.

I. Das geltende Recht Serbiens kennt eine fünffache Gliederung der Gerichtsbehörden: 1) die Gemeindeggerichte, 2) die Polizeibehörden, 3) die Staatsgerichte erster Instanz, welche mit drei rechtsgelehrten, vom Staate ernannten Richtern besetzt sind, 4) Appellationshof, welcher mit fünf Richtern und 5) Kassationshof, welcher mit sieben Richtern besetzt ist. Die Gemeindeggerichte, Polizeibehörde und die Staatsgerichte erster Instanz sind die Gerichtsbehörden erster Instanz; der Appellationshof fungiert als Strafgericht zweiter Instanz und der Kassationshof bildet das Strafgericht dritter Instanz, aber in gewissen Fällen als Gericht zweiter und letzter Instanz. Alle diese Gerichtsbe-

hörden mit Ausnahme der Polizeibehörde sind kollegialisch organisiert.

Auf Grund der Dreiteilung der strafbaren Handlungen im Strafgesetzbuch — § 1 ¹⁾ — in Uebertretungen (istup), Vergehen (prestup) und Verbrechen (slocinstvo) werden nun drei Kategorien von Strafgerichten erster Instanz gebildet:

1) die Gemeindeggerichte und Polizeibehörden, denen die Untersuchung und Entscheidung der Strafsachen unterster Ordnung, der Uebertretungen (istup) zugewiesen ist;

2) die Gerichte erster Instanz. Sie sind mit drei Richtern besetzte Gerichte und entscheiden über die Strafsachen mittlerer Ordnung — Vergehen (prestup) und über die Mehrzahl der Strafsachen höchster Ordnung — Verbrechen (slocinstvo);

3) die Schwurgerichte. Sie sind mit drei Richtern und zwei Geschworenen besetzt und es steht ihnen die Entscheidung der Strafsachen höchster Ordnung zu, die nicht durch die Gerichte erster Instanz erledigt werden.

¹⁾ § 1 Strafgesetzbuch lautet: „Alle Delicte sind entweder Verbrechen (slocinstvo) oder Vergehen (prestup) oder Uebertretung (istup).“

Eine mit dem Tode, Zuchthaus oder mit Festungshaft bedrohte Handlung ist ein Verbrechen (slocinstvo).

Eine mit Gefängnis von mehr als einen Monat oder mit Geldstrafe von mehr als 30 Thaler bedrohte Handlung ist ein Vergehen (prestup).

Eine mit Haft bis zu einem Monat oder mit Geldstrafe bis zu 30 Thaler bedrohte Handlung ist eine Uebertretung (istup).“

Der Höchstbetrag der Zuchthaus- und Festungshaftstrafe ist 20 Jahre, ihr Mindestbetrag sind 2 Jahre §§ 14 und 15 Str.-G.-B.

Der Höchstbetrag der Gefängnisstrafe ist 5 Jahre, ihr Mindestbetrag ein Monat § 20 Str.-G.-B. Der Mindestbetrag der Geldstrafe ist ein Thaler § 27 Str.-G.-B.

II. Infolge der Beteiligung von Laien fungieren die Schwurgerichte nicht ständig, sondern werden von Fall zu Fall besetzt. Für jeden Fall, in welchem das Schwurgericht zuständig ist, wird je nach Bedürfnis gleich das Schwurgericht gebildet. -- Hierin unterscheidet sich das serbische vom deutschen, französischen und englischen Schwurgericht, indem diese periodisch zusammentreten.

Die Bildung der Schwurgerichte erfolgt bei den Gerichten erster Instanz und ihr Sitz ist stets der Ort der Gerichte erster Instanz. Daraus ergibt sich, dass nur so viel Schwurgerichte gebildet werden können, als es Gerichte erster Instanz gibt. — In Deutschland werden die Schwurgerichte bei den Landgerichten gebildet, wobei ein Schwurgerichtsbezirk aber zumeist mehrere Landgerichtsbezirke umfasst (G.-V.-G. § 79). Nach dem Gerichtsverfassungsgesetz Deutschlands — § 98 — müssen nicht alle Sitzungen des Schwurgerichts am Sitze des Landgerichts stattfinden, sondern sie können an einem anderen Orte innerhalb des Schwurgerichtsbezirks abgehalten werden, was in Serbien nicht möglich ist. — Nach dem französischen Recht werden die Sitzungen des Schwurgerichts in dem Hauptort des Departements abgehalten (code d'instr. crim art. 251, 258). — Das englische Schwurgericht unterscheidet sich wesentlich sowohl von dem serbischen wie auch von den deutschen und französischen Schwurgerichten dadurch, dass es in England zweierlei Schwurgerichte giebt und zwar: die Kriminal-Assisen der Grafschaft und die vierteljährlichen Sitzungen (quartes sessions) der Friedensrichter. Die Assisen werden in London im Centralcourt und ausser London an den Hauptorten der Grafschaften gehalten; die Sitzungen dieser Assisen finden nur zweimal im Jahre statt und werden die Richter für dieselben von den drei Reichsgerichten in

London zweimal im Jahre an die Grafschaften gesandt. Die Vierteljahrssitzungen der Friedensrichter werden in jeder Grafschaft auch unter Zuziehung von Geschworenen, denen ein Friedensrichter vorsitzt, abgehalten. ¹⁾

Oben ist gesagt, dass nach dem serbischen Schwurgerichtsgesetz — Art. 9 ²⁾ — der Schwurgerichtshof mit drei richterlichen Mitgliedern, einschliesslich des Vorsitzenden, besetzt ist. Nach diesem Art. ist der Vorsitzende des Gerichts erster Instanz, bei welchem das Schwurgericht gebildet ist, in derselben Zeit der Vorsitzende des Schwurgerichts. Die anderen Mitglieder werden auch diesem Gerichte erster Instanz entnommen. Etwas anders geregelt ist die Besetzung im deutschen und französischen Schwurgericht,

¹⁾ Vergl. Holzendorf; deutsches Strafprozessrecht Seite 35. Mittermaier; das engl. Strafverfahren Seite 289 ff.

²⁾ Art. 9 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Das Schwurgericht wird aus drei Richtern und zwei Geschworenen aus dem Volke gebildet. Die Geschworenen werden in dem Gericht erster Instanz ausgelost und zwar einer aus der Gemeinde, in welcher der Angeklagte lebt, und der andere aus der Gemeinde, in welcher das Verbrechen begangen ist.

Ebenso werden die Richter ausgelost, ausgenommen der Vorsitzende, in denjenigen Gerichten, in welchen die erforderliche Zahl der Richter vorhanden ist. Die Richter werden an dem Tag der Hauptverhandlung in Gegenwart des Staatsanwalts und des Angeklagten ausgelost.

Wenn die Geschworenen der Gemeinde, aus welcher der Angeklagte ist, oder derjenigen, in welcher das Verbrechen begangen ist, nicht entnommen werden können, weil mehrere Angeklagte, und zwar aus verschiedenen Gemeinden da sind, oder weil die betreffenden Gemeinden nicht zur Zuständigkeit des Gerichts erster Instanz, bei welchem das Schwurgericht gebildet wird, gehören, oder weil die Verbrechen in verschiedenen Gemeinden begangen sind, dann werden die Geschworenen der Gemeinde, in welcher das Gericht erster Instanz den Sitz hat, entnommen.“

weil im deutschen Schwurgericht der Vorsitzende für jede Sitzungsperiode von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts bestimmt wird (G.-V.-G. § 83 Abs. 1), während er im französischen dem Appellationshof (cour d'appell) entnommen wird (code d'instr. crim. art. 252, 253). Die übrigen zwei richterlichen Mitglieder in Deutschland werden von dem Präsidenten des Schwurgerichts aus der Zahl der Mitglieder des Landgerichts bestimmt (G.-V.-G. § 83 Abs. 2). — In Frankreich dagegen sind sie in den Departements, an deren Spitze kein Appellationshof steht, den Tribunalen erster Instanz zu entnehmen (code d'instr. crim. art. 255). Hier unterscheidet sich sowohl die serbische, wie auch die deutsche und französische Gesetzgebung von der englischen, wo die Jury nicht mit drei, sondern nur mit einem Richter besetzt wird, da in der Assise der Richter vorsitzt, der von London gesandt ist, und in den Vierteljahrssitzungen der Friedensrichter.

B. Die Zuständigkeit.

I. Die Schwurgerichte Serbiens sind immer zuständig (Art. 12 Schw.-G.-G.): ¹⁾

1) für das Verbrechen des schweren Diebstahls (opasna kradja) §§ 223, 223 a, 223 b Str.-G.-B.;

2) für das Verbrechen des Raubes (razbojnischтво);

3) für das Verbrechen der Erpressung (iznuda), die wie ein Raub charakterisiert wird (§ 250 Str.-G.-B.);

¹⁾ Art. 12 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Das Schwurgericht ist zuständig für folgende Verbrechen:

1) schwere Diebstähle §§ 223, 223 a, 223 b Str.-G.-B.

2) Raub §§ 237—242, 245, 250 Str.-G.-B.

3) Brandstiftung §§ 295—299 Str.-G.-B.

4) Sachbeschädigung §§ 289, 291 Str.-G.-B., wenn der Betrag des verursachten Schadens 100 Francs übersteigt.

Hiebei kommt es nicht darauf an, ob diese Verbrechen vollendet oder nur versucht sind.

4) für das Verbrechen der Brandstiftung (paljevina).

Nur für diese Verbrechen (slocinstva) ist das Schwurgericht zuständig; ebenso ist es zuständig nur in zwei Fällen für Vergehen (prestup) und zwar:

1) für das Vergehen der fahrlässigen Brandstiftung (nehatna paljevina) § 299 Str.-G.-B.;

2) für das Vergehen der Sachbeschädigung (ponischtei stvari), wenn der Betrag des verursachten Schadens 100 Francs übersteigt (§ 289, 291 Str.-G.-B.).

In allen diesen Fällen ist das Schwurgericht zuständig, sowohl für die Vollendung wie auch für den Versuch.

Ausserdem ist das Schwurgericht in Serbien ausnahmsweise noch zuständig in Fällen des forum conexitatis:

a. wenn der Thäter wegen mehrerer Strafthaten angeklagt worden ist und die Zuständigkeit des Schwurgerichts sich nur auf einige von diesen Strafsachen, die der Thäter begangen hat, erstreckt, so ist das Schwurgericht zuständig auch für diejenigen begangenen Delikte, für welche es nicht zuständig wäre, wenn der Thäter nur sie allein begangen hätte, und wenn er nur ihretwegen abgeurteilt würde; und

b. für die Begünstigung und Hehlerei, aber nur dann, wenn das Schwurgericht für den Hauptthäter zuständig wäre (§§ 49—50, 250 a, 250 b Str.-G.-B.).

II. In Deutschland sind die Schwurgerichte gemäss § 80 Gerichtsverfassungsgesetz zuständig für die Verbrechen, welche nicht zur Zuständigkeit der Strafkammer oder des Reichsgerichts gehören. — Hierin besteht die Aehnlichkeit zwischen dem deutschen und serbischen Gericht, indem dem deutschen Schwurgericht auch nicht über alle Verbrechen — wenn auch über sehr viel mehr als in Serbien — die Zuständigkeit eingeräumt ist, sondern einige Verbrechen den Straf-

kammern zugewiesen sind. Das sind diejenigen Verbrechen, welche mit Zuchthaus von höchstens fünf Jahren, allein oder in Verbindung mit anderen Strafen, bedroht sind § 73 Gerichtsverfassungsgesetz, wie auch die Ziffer 3, 4, 5, 6 und 7 desselben Paragraphen. Aber das deutsche Schwurgericht unterscheidet sich vom serbischen dadurch, dass kein einziges Vergehen der Zuständigkeit des Schwurgerichts zugewiesen ist, wie das in Serbien, obwohl ausnahmsweise, der Fall ist. — Die französischen Schwurgerichte (*cours d'assise*) sind nur für die Strafsachen höchster Ordnung — Verbrechen (*crimes*) zuständig (*code d'instr. crim. art. 251*). Sie unterscheiden sich also vom serbischen dadurch, dass sie für kein Vergehen und vom serbischen und deutschen dadurch, dass sie nicht nur für gewisse Verbrechen, sondern für alle Verbrechen zuständig sind.

Was die Zuständigkeit der englischen Jury anlangt, so unterscheidet sie sich wesentlich von den Schwurgerichten des Kontinents. Im Gegensatz zu Frankreich-Deutschland, Serbien und anderen Ländern des Kontinents ist die Mitwirkung des Laienelements in der Rechtspflege in England am besten durchgeführt, da das Schwurgericht in England entstand, sich dort ununterbrochen entwickelte und von dort auf dem Kontinent recipiert und eingeführt wurde. Die englische Jury ist fast für alle Strafsachen zuständig, mit Ausnahme der leichtesten Straffälle — Uebertretungen, die zur *summary conviction* und so zur Zuständigkeit des Friedensrichters als Einzelrichter gehören.¹⁾ — Oben ist gesagt, dass in England zweierlei Strafgerichte bestehen, nämlich: die Assisen und Vierteljahrssitzungen der Friedensrichter, aber daraus ergibt sich keineswegs,

¹⁾ Vergl. Geyer, Strafprozessrecht Seite 106 ff. Mittermaier; das engl. Strafverfahren Seite 290 ff.

dass diese beiden Gerichte für alle Vergehen und Verbrechen zuständig sind. Diese Zuständigkeit ist geteilt und den Assisen sind alle schweren Vergehen und Verbrechen, z. B. die, auf welche Todesstrafe, Transportation auf Lebenszeit stehen und die Verbrechen, welche besonders schwer beurteilt werden wie z. B. Staatsverbrechen, gegen die Vorrechte der Königin, gegen Regierung, Parlament u. s. w. überlassen. Demgemäss sind den Vierteljahrssitzungen der Friedensrichter alle anderen Vergehen und Verbrechen mittlerer Ordnung anheimgegeben.¹⁾

Zweites Kapitel.

Befähigung zum Geschworenendienst.

I. Zunächst fragt es sich: wer kann nach dem serbischen Schwurgerichtsgesetz zum Geschworenendienst berufen werden?

Nach dem Art. 2 Schwurgerichtsgesetz²⁾ ist zu dem Geschworenendienst fähig jeder serbische Bürger. Nur serbische Bürger können in Serbien zum Geschworenendienst berufen werden, weshalb nicht nur geborene Serben zum Geschworenendienst fähig und demgemäss verpflichtet, sondern auch Ausländer, die das serbische Bürgerrecht erlangt haben. Das Gesetz sagt ausdrücklich „serbische Bürger“ und nicht „Serben“;

¹⁾ Vergl. Mittermaier, das engl. Strafverfahren Seite 289 ff.; Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft; I. Seite 545; Gneist, das Selfgovernment in England Seite 422 ff.

²⁾ Art. 2 Schwurgerichtsgesetz lautet: Der Geschworene kann jeder serbische Bürger sein, der zur Zeit der Auswahl der Geschworenen mindestens 30 Jahre alt ist, mindestens 15 Francs jährlich Steuer zahlt und in derselben Gemeinde mindestens fünf volle Jahre lebt.

die Mitwirkung eines Ausländers als Geschworener hätte daher, wenn er nur serbischer Bürger ist, Nichtigkeit des Urteils nicht zur Folge.

Aber nicht jeder Staatsbürger ist als solcher berufen zur Erfüllung des Gerichtsdienstes. Geschworene haben ein Amt auszuüben, welches ein gewisses Mass von Garantien für die unparteiliche Erfüllung ihrer Aufgabe erfordert. Deswegen können nur solche Personen ausgewählt werden, welche Eigenschaften in sich vereinigen, die eine Vermutung für den Besitz der nötigen Intelligenz und Selbständigkeit begründen.

1) Die Erfordernisse für Fähigkeit zum Amte eines Geschworenen sind folgende:

- a. das Bürgerrecht,
- b. das Lebensalter von 30 Jahren,
- c. jährliche Steuer von mindestens 15 Francs.

2) Zum Geschworenendienst unfähig sind ausser den Personen, bei welchen eines von den oben genannten Erfordernissen fehlt, noch folgende Personen:

a. alle serbische Bürger, die zur Zeit, wo sie ausgewählt sind, den Wohnsitz in der Gemeinde, in welcher sie ausgewählt sind, noch nicht volle fünf Jahre haben,

b. Dienstboten,

c. alle die, welche die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben; die wegen Eigennutzes verurteilt sind; die für ähnliche Strafsachen mangels Beweises freigesprochen sind und die, welche unter Polizeiaufsicht stehen,

d. Personen, welche wegen körperlicher Gebrechen nicht geeignet sind,

e. alle, die der serbischen Sprache nicht mächtig sind,

f. alle, die unter Vormundschaft stehen, oder über deren Vermögen Konkurs eröffnet ist, oder die unter fremden Firmen arbeiten,

g. Personen, gegen welche die Untersuchung wegen entehrender Strafsachen eröffnet ist. (Art. 2 und 3¹⁾ Schwurgerichtsgesetz.)

Alle diese Personen sind zu dem Geschworenenamte unfähig und können nicht einberufen werden; und wenn dennoch eine von den genannten Personen als Geschworener bei dem Urtheil mitwirkt, würde Nichtigkeit des Urtheils eintreten müssen.

3) Wegen Unabkömmlichkeit oder Unvereinbarkeit gewisser öffentlicher Berufsstellungen mit der Ausübung des Geschworenenamts gilt das Verbot, die im § 4 des Schwurgerichtsgesetzes bezeichneten Personen zu dem Amte eines Geschworenen zu berufen. Sie sind nicht, wie die unter Ziffer 1 und 2 genannten Personen unfähig, sondern ihr Amt erscheint unverträglich mit dem Geschworenendienst. Das allgemeine staatliche Interesse erfordert hier, eine Schädigung der anderweitigen Amtsdienstpflcht zu vermeiden.

Das sind folgende Personen:

a. Minister,

b. richterliche Beamte,

¹⁾ Art. 3 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Zum Geschworenendienst sind unfähig:

1) diejenigen, welche bei jemandem gegen Entgelt oder im Haushalt dienen wie: Dienstboten u. s. w.,

2) diejenigen, welche die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, welche wegen Eigennutzes irgend wann verurtheilt sind, welche für ähnliche Strafsachen mangels Beweises freigesprochen sind und welche unter Polizeiaufsicht stehen,

3) diejenigen, welche wegen körperlicher Gebrechen Geschworenendienst nicht ausüben können, wie: Blinde, Taube, Stumme oder welche nicht serbisch können,

4) diejenigen, welche unter Vormundschaft stehen oder über deren Vermögen Konkurs eröffnet ist, oder welche unter fremden Firmen arbeiten, und

5) diejenigen, gegen welche die Untersuchung wegen entehrenden Strafsachen eröffnet ist.“

- c. polizeiliche Beamte,
- d. Rechtsanwälte,
- e. Religionsdiener und
- f. dem aktiven Heere angehörende Militärpersonen.

4) Nicht alle Personen, die zum Geschworenen-dienst fähig sind, sind auch dazu verpflichtet. Vielmehr gibt es Personen, die berechtigt sind, sich dieser Ausübung des Amtes zu entziehen. Allein dieser Pflicht kann sich nur derjenige entziehen, dem ein gesetzlicher Befreiungsgrund zur Seite steht.

Solche gesetzlichen Befreiungsgründe bestehen:

a. für Personen, welche im letzten Geschäftsjahre wenigstens zwölf Tage die Verpflichtung eines Geschworenen erfüllt haben, und

b. für Personen, welche durch Krankheit verhindert sind, die Pflichten eines Geschworenen auszuüben (Art. 5 Schwurgerichtsgesetz). ¹⁾

Nach dem Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1892 gibt es nur zwei Fälle, in denen das Ablehnungsrecht ausgeübt werden kann. Darin unterscheidet sich dieses Gesetz bedeutend vom ersten Schwurgerichtsgesetz vom Jahre 1871, da bei diesem das Ablehnungsrecht grösser war. Nach diesem Gesetz konnten dieses Recht noch folgende Personen ausüben:

- a. Personen, welche das sechzigste Lebensjahr vollendet haben;
- b. Staats- und Gemeindebeamte,
- c. Schullehrer,
- d. Aerzte,

¹⁾ Art. 5 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Ebenso können sich dieser Pflicht diejenigen entziehen, welche im Laufe eines Jahres mindestens zwölf Tage als Geschworene thätig gewesen sind; und diejenigen, welche durch Krankheit verhindert sind, die Pflichten eines Geschworenen auszuüben.“

- e. Apotheker, welche keine Gehilfen haben, und
- f. Mitglieder der Skupschtina.

Die Geschworenen haben den Gerichtsdienst unentgeltlich zu versehen; dagegen haben sie einen Anspruch auf Vergütung des Aufwands und der Reisekosten. Wenn der Angeklagte (optuzeni) verurteilt ist, dann fällt das alles ihm zur Last; ist er zahlungsunfähig, dann trägt diese Kosten das Dorf oder die Stadt, der der Angeklagte angehört. Wenn dagegen der Angeklagte freigesprochen ist oder keinen Wohnsitz hat, dann fallen diese Kosten dem Bezirk oder der Stadt, wo das Verbrechen begangen ist, zur Last. (Art. 8 Schwurgerichtsgesetz.) ¹⁾

Ein Geschworener, der der Berufung nicht oder nicht rechtzeitig Folge leistet, zieht Verurteilung zu einer Ordnungsstrafe von 20—50 Francs nach sich; die Verurteilung erfolgt erst dann, wenn der ausbleibende Geschworene vorher gehört ist. Diese Entscheidung erfolgt durch das Gericht und gegen dieselbe findet keine Beschwerde statt (Art. 10 Schwurgerichtsgesetz). ²⁾

II. 1) In Deutschland kann zum Geschworenen-

¹⁾ Art. 8 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Der Geschworene, wenn er als Geschworener thätig ist, bekommt 6 Francs täglich als Vergütung des Aufwandes und der Reisekosten. Dieselben werden den Geschworenen von dem Gericht erster Instanz gleich ausbezahlt. Diese Kosten fallen dem Angeklagten zur Last, wenn er verurteilt ist und wenn er zahlungsfähig ist; ist er dagegen zahlungsunfähig, so trägt diese Kosten das Dorf und die Stadt, der der Angeklagte angehört. Wenn der Angeklagte freigesprochen ist oder keinen Wohnsitz hat, so fallen diese Kosten dem Bezirk oder der Stadt, in welcher das Verbrechen begangen ist, zur Last.“

²⁾ Art. 10 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Ein Geschworener, der seiner Pflicht nicht rechtzeitig Folge leistet, wird mit Geldstrafe von 20—50 Francs bestraft. Diese Strafe erfolgt nach vorhergehendem Verhör durch das Gericht, wenn sich der Geschworene nicht entschuldigt. Gegen diese Entscheidung findet keine Beschwerde statt.“

dienst nur ein Deutscher berufen werden (§ 84 G.-V.-G.). Daraus ergibt sich, dass Ausländer nicht als Geschworene verwendet werden können; sie sind nicht frei vom Geschworenendienst, sondern dazu unfähig.

In Frankreich kann im allgemeinen jeder mindestens dreissigjährige Vollbürger Geschworener sein.¹⁾

Demnach ist in Serbien wie in Frankreich eine dreissigjährige Lebenszeit erforderlich, um Geschworener zu werden, und alle Personen, die noch nicht das dreissigste Lebensjahr vollendet haben, sind zum Geschworenendienst unfähig; wenn sie trotzdem in einem Verfahren die Funktion eines Geschworenen ausgeübt haben, so tritt Nulität des Urteils ein. — In Deutschland dagegen ist das nicht der Fall, denn eine nicht dreissigjährige Person ist gemäss § 33 G.-V.-G. nicht zum Geschworenendienst unfähig, sondern sie soll nur nicht zu dem Amte eines Geschworenen berufen werden, d. h. die Mitwirkung einer nicht dreissigjährigen Person als Geschworener hat nicht Nulität des Urteils zur Folge.

Was das Alter, welches zum Geschworenendienst in England erforderlich ist, anbelangt, so unterscheidet sich England von Serbien, Deutschland und Frankreich dadurch, dass dort ein Alter von 21 Lebensjahren genügt. Um Geschworener zu werden, ist nach der allgemeinen Bestimmung ein Alter zwischen 21 und 60 Jahren und der Wohnsitz in einer Grafschaft Englands erforderlich.²⁾

2) Ein zweiter wichtiger Unterschied zwischen dem serbischen und englischen Gesetz einerseits und dem deutschen und französischen andererseits ist der,

¹⁾ Vergl. Hélie; traité de l'instr. crim Band VIII Seite 252, 273 ff.

²⁾ Vergl. Biener; das engl. Geschworenengericht Seite 56 ff.; Geyer; deutsches Strafprozessrecht Seite 306; Gneist, Selfgovernment Seite 423.

dass in Deutschland und Frankreich kein Census vorgeschrieben ist, wie das in Serbien und England der Fall ist. Ein Serbe muss wenigstens 15 Francs jährlich Steuer entrichten, um zum Geschworenen berufen werden zu können. In Frankreich und Deutschland ist die Regel, dass jeder Deutsche (§ 31 G.-V.-G.) und Franzose dazu berufen werden kann. Nach den früheren französischen Gesetzen war auch, wie jetzt in Serbien, ein Census erforderlich, so verlangt z. B. das Gesetz vom 2. Mai 1827 einen Census von 300 Francs.¹⁾ Von dieser Regel gibt es freilich Ausnahmen, aber die Zahl derselben ist nicht so gross wie in Serbien.

Die Erfordernisse, die nach dem Gesetz von 1825 in England zum Geschworenendienste gehören, sind folgende:

a. jeder Geschworene muss ein jährliches Mindesteinkommen von 10 Pfund aus dem Besitze von Ländereien haben; oder

b. für Lebenszeit oder auf längere Zeit eine Rente von 10 Pfund aus Gütern beziehen; oder

c. eine Pachtung inne haben, welche jährlich 20 Pfund abwirft und auf wenigstens 21 Jahre oder länger abgeschlossen ist; oder endlich

d. er muss Eigentümer oder Inhaber eines grösseren Hauses sein.²⁾

3) In Serbien sind Dienstboten, Personen mit körperlichen Gebrechen, Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste den Wohnsitz in der Gemeinde noch nicht fünf volle Jahre haben, absolut unfähig Geschworene zu werden, und dadurch unterscheidet sich das serbische Gesetz vom deutschen, wo

¹⁾ Vergl. Hélie; traité de l'instr. crim. Band XIII, Seite 249.

²⁾ Vergl. Biener; das englische Geschworenengericht II. Seite 50 ff.; Geyer; deutsches Strafprozessrecht Seite 306.

alle diese Personen nicht für absolut unfähig erklärt sind, sondern nach den §§ 33 und 34 G.-V.-G. nur nicht berufen werden sollen.

Beinahe dieselbe Unfähigkeit wie das serbische Recht kennt das französische Gesetz. Nach demselben können Dienstboten und Lohndiener, sowie jene, die nicht französisch lesen und schreiben können, nicht Geschworene sein.¹⁾

4) Was das Ablehnungsrecht in Serbien anbelangt, so kann dieses nur in zwei Fällen ausgeübt werden, nämlich einmal, wenn der Gewählte im letzten Geschäftsjahre wenigstens zwölf Tage die Verpflichtungen eines Geschworenen erfüllt hat, sowie dann, wenn er durch Krankheit verhindert ist.

In Deutschland, Frankreich und England steht dieses Ablehnungsrecht in weiterem Umfange zu Gebote. So kann, was das Alter anbetrifft, jeder Deutsche, der das fünfundsechzigste Lebensjahr zur Zeit der Aufstellung der Urliste vollendet hat oder dasselbe bis zum Ablauf des Geschäftsjahres vollenden würde, das Ablehnungsrecht zum Geschworenendienst ausüben. (§ 35 G.-V.-G.) Ebenso hat dieses Recht jeder Franzose, der das siebzigste Lebensjahr vollendet hat, und die von Hand- oder Tagesarbeit Lebenden.²⁾ — Schon oben ist gesagt, dass für einen Engländer ein Alter zwischen 21 und 60 Jahren vorgeschrieben ist. Aber die Mitwirkung eines Geschworenen in einer Jury, der 60 Jahre erreicht hat, hat keine Nulität zur Folge.

Wie in Serbien, so sind in Deutschland und Frankreich alle jene Personen vom Geschworenendienst befreit, welche im laufenden oder vergangenen Jahre

¹⁾ Vergl. Hélie; traité de l'instr. crim. Band VIII Seite 250, 280, 287 ff.

²⁾ Vergl. Hélie; traite de l'instr. crim. Band VIII Seite 250, 308.

Geschworenendienste geleistet haben, und zwar ausserdem in Deutschland alle, welche an wenigstens fünf Sitzungstagen die Verpflichtung eines Schöffen erfüllt haben. (§ 35 G.-V.-G.)

5) Der Unterschied zwischen dem deutschen und serbischen Recht liegt ferner darin, dass in Deutschland die Geschworenen den Gerichtsdienst unentgeltlich zu versehen haben und nur einen Anspruch auf Vergütung der Reisekosten haben (§ 55 G.-V.-G.), während die Geschworenen in Serbien neben Vergütung der Reisekosten auch die Vergütung des Aufwandes erhalten. — Ebenso unterscheidet sich das deutsche Recht vom serbischen noch dadurch, dass die Ordnungsstrafe in Deutschland viel grösser ist als in Serbien; denn in Deutschland wird ein Geschworener, welcher ohne genügende Entschuldigung sich zu den Sitzungen nicht rechtzeitig einfindet oder seinen Obliegenheiten in anderer Weise sich entzieht, zu einer Ordnungsstrafe von 5 — 1000 Mark bestraft (§ 96 G.-V.-G.), während in Serbien diese Strafe nur 20 — 50 Francs beträgt.

Drittes Kapitel.

Auswahl der Geschworenen.

Die Gemeinderäte wählen in Serbien die Geschworenen und zwar nach folgenden Grundsätzen:

Die Auswahl muss in der ersten Hälfte des November jeden Jahres erfolgen. Dem Vorsteher der Gemeinde liegt es dabei ob, die Auswahl der Geschworenen spätestens bis zum 15. November zu treffen. Die nicht rechtzeitige Auswahl derselben zieht eine Ordnungsstrafe von 20--50 Francs nach sich, gegen

welche der Beschwerdeweg zulässig ist. (Art. 6 Schwurgerichtsgesetz.) ¹⁾

In jeder Gemeinde also werden Geschworene gewählt, weil an der Schwurgerichtssitzung nur diejenigen Geschworenen teilnehmen können, die aus der Gemeinde des Angeklagten sind.

Die Zahl der Geschworenen wird in jeder Gemeinde nach der Zahl der Steuerköpfe bestimmt. Die Gemeinden von nicht mehr als 200 Steuerköpfen wählen 20 Geschworene; die Gemeinden, die mehr als 200 Steuerköpfe haben, wählen für jedes weitere Hundert an Steuerköpfen noch zwei Geschworene. Die Städte, in welchen sich das Gericht erster Instanz befindet, wählen 40, und Belgrad 80 Geschworene (Art. 7 Abs. 1 und 2 Schwurgerichtsgesetz). ²⁾

¹⁾ Art. 6 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Die Geschworenen werden von den Gemeinderäten in der ersten Hälfte des November eines jeden Jahres ausgewählt. Dem Vorsteher der Gemeinde oder seinem Vertreter liegt es ob, dafür zu sorgen, dass die Auswahl der Geschworenen spätestens bis zum 15. November getroffen wird; sonst wird er mit Geldstrafe von 20–50 Francs bestraft werden. Gegen diese Entscheidung findet Beschwerde statt, für welche der Staatsrat zuständig ist; die Frist für dieselbe beträgt drei Tage nach der Zustellung. Die Beschwerde wird der Behörde, welche die Strafe ausgesprochen hat, überreicht.“

²⁾ Art. 7 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Die Gemeinden, welche nicht mehr als 200 Steuerköpfe haben, wählen 20 Geschworene; andere grössere Gemeinden für jedes weitere Hundert an Steuerköpfen noch zwei Geschworene.

Die Städte, in welchen der Sitz des Schwurgerichts ist, wählen 40, Belgrad 80 Geschworene.

Das Verzeichnis der ausgewählten Geschworenen, in welchem Vor- und Zunamen, Stand, Wohnort, Alter, die Höhe der jährlichen Steuer und der Tag der Auswahl zu verzeichnen ist, wird sofort öffentlich im Gemeindegerecht aufgelegt.

Gegen die Auswahl kann jeder vollberechtigte Staatsbürger innerhalb von fünf Tagen nach der Bekanntmachung des Verzeichnisses Beschwerde erheben.

Von dem Gemeinderat wird ein Verzeichnis aufgestellt, in welches alle gewählten Geschworenen aufgenommen werden. Dieses Verzeichnis hat zu enthalten: Vor- und Zuname, Stand, Wohnort, Alter und Höhe der jährlichen Steuer jedes ausgewählten Geschworenen. Auch der Tag der Auswahl muss in diesem Verzeichnis angegeben sein. (Art. 7 Abs. 3).

Das Verzeichnis ist in der Gemeinde zu jedermanns Einsicht aufzulegen, damit event. Einspruch gegen die Richtigkeit der Auswahl erhoben werden kann. Die Frist für den Einspruch beträgt fünf Tage von der Bekanntmachung des Verzeichnisses an. Innerhalb derselben kann Beschwerde von jedem vollberechtigten Staatsbürger erhoben und Berichtigung des Verzeichnisses verlangt werden. Für diese Beschwerde ist das Gericht erster Instanz zuständig; sie ist unmittelbar dem Gemeindegerecht oder dem zuständigen Gericht erster Instanz zu übergeben. Die Entscheidung über die erhobenen Beschwerden erfolgt beim Gericht erster Instanz innerhalb fünf Tagen von der Annahme derselben an. Die Entscheidungen des Gerichts sind endgültig, soweit es sich um die Auswahl der Geschworenen handelt. (Art. 7 Abs. 4 und 5).

Diese Beschwerde ist unmittelbar dem Gemeindegerecht oder dem zuständigen Gericht erster Instanz zu übergeben, und innerhalb fünf Tagen von der Annahme derselben hat das Gericht endgültig zu entscheiden.

Innerhalb von fünf Tagen, nachdem über die erhobenen Beschwerden entschieden worden ist, hat das Gemeindegerecht das Verzeichnis dem Gerichte erster Instanz zu übergeben.

Für die nach diesem Artikel erhobenen Beschwerden werden keine Taxen bezahlt.

Wenn einer von den ausgewählten Geschworenen im Laufe des Jahres stirbt oder ein im Art. 3 und 4 dieses Gesetzes angeführter Fall vorkommt, so liegt dem Gemeindegerecht ob, sofort oder spätestens in 10 Tagen durch neue Auswahl die erforderliche Zahl der Geschworenen zu ergänzen.“

Nach dem Schwurgerichtsgesetz von 1871 hatte ebenfalls der Gemeinderat die Geschworenen gewählt; aber ein Unterschied zwischen dem neuen und alten Gesetz lag darin, dass nach dem alten Gesetz der Gemeinderat zu gleicher Zeit für die Entscheidung über die erhobenen Beschwerden zuständig war. In der Praxis erwies sich das als sehr unzweckmässig, weil der Gemeinderat nicht unparteiisch sein konnte, wo er über seine eigene Auswahl entscheiden sollte. Das ist im neuen Gesetz beseitigt und diese Zuständigkeit dem Gericht erster Instanz überlassen.

Sobald über alle Beschwerden, die gegen die Auswahl erhoben sind, endgültig entschieden ist, übersendet das Gemeindegerecht binnen höchstens fünf Tagen das Verzeichnis dem Gericht erster Instanz (Art. 7 Abs. 6). Diese Liste der Geschworenen hat zwar keinen Namen, entspricht aber der Jahresliste im deutschen Schwurgericht, von welcher unten die Rede sein wird.

Aus dieser Jahresliste wählt für jeden einzelnen Fall, für welchen das Schwurgericht zuständig ist, das Gericht erster Instanz, nachdem die Parteien das ihnen zustehende Ablehnungsrecht ausgeübt haben, vier Geschworene und zwar zwei aus der Gemeinde, in welcher der Angeklagte wohnt, und zwei aus derjenigen, in welcher die That begangen ist; hat aber der Angeklagte die That in der Gemeinde, in welcher er wohnt, begangen, so werden alle vier Geschworenen aus dieser Gemeinde gewählt. Dies Verzeichnis der vier Geschworenen entspricht der deutschen Spruchliste (Art. 17 Abs. 2 Schwurgerichtsgesetz). ¹⁾

¹⁾ Art. 17 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Das Gericht erster Instanz hat, sobald die Strafsache zur Hauptverhandlung bereit ist, dem Angeklagten, dessen Verteidiger, dem Staatsanwalt und dem Privatkläger die Namen der Geschworenen aus dem Verzeichnis

Wenn ein ausgewählter Geschworener im Laufe des Jahres stirbt oder zum Geschworenendienst unfähig wird, so ist der Gemeinderat befugt, sofort oder spätestens in zehn Tagen an Stelle des verstorbenen oder unfähig gewordenen Geschworenen einen anderen auszuwählen (Art. 7 Abs. 8).

Nach obigem ist das Verfahren bei der Auswahl der Geschworenen in Serbien sehr einfach. Die Auswahl der Geschworenen in Deutschland, Frankreich und England gestaltet sich dagegen erheblich komplizierter.

aller der Gemeinden, aus welchen die Geschworenen für die Bildung des Schwurgerichts entnommen werden, zuzustellen, und jede Partei kann je zwei Geschworene ohne Angabe eines Grundes ablehnen. Dem Privatkläger, dessen Wohnort entfernt ist, ist dieses Verzeichnis durch die Polizeibehörde zuzustellen. Sind mehrere Angeklagte oder mehrere Privatkläger beteiligt, so können alle Angeklagten wie auch alle Privatkläger zusammen nur je vier Geschworene ablehnen. Zugleich können Angeklagte, Privatkläger und Staatsanwalt nach den Vorschriften der Strafprozessordnung das Ablehnungsrecht ausüben. Aber dieses Recht steht ihnen entweder sofort oder spätestens binnen 24 Stunden nach der Zustellung des Verzeichnisses zu, ausgenommen, wenn der Ablehnungsgrund später entstanden ist.

Hierauf hat das Gericht erster Instanz aus der Zahl der nicht abgelehnten Geschworenen, und zwar aus der Gemeinde, aus welcher der Angeklagte ist, und aus derjenigen, in welcher die That begangen ist, je zwei — im ganzen vier Geschworene — auszuwählen. Hat der Angeklagte die That in der Gemeinde, in welcher er wohnt, begangen, so werden alle vier Geschworenen aus dieser Gemeinde gewählt.

Von diesen vier Geschworenen werden vor Beginn der Hauptverhandlung und in Gegenwart des Angeklagten, Privatklägers und des Staatsanwaltes aus den beiden bzw. aus der einen Gemeinde zwei Geschworene ausgelost. Die anderen werden gleich entlassen mit dem Anspruch auf Vergütung des Aufwandes und Reisekosten nach Art. 8 dieses Gesetzes.

Ueber die Auswahl wird ein Protokoll aufgenommen und den Akten des Prozesses angefügt.“

II. 1) In Deutschland beginnt das Verfahren für die Auswahl der Geschworenen mit der Anlegung der Urliste. In diese hat der Vorsteher einer jeden Gemeinde oder eines landesgesetzlich der Gemeinde gleichstehenden Verbandes alljährlich alle in dieser Gemeinde wohnenden Personen, welche zum Amte eines Geschworenen berufen werden dürfen, aufzunehmen. Die Urliste ist in der Gemeinde eine Woche lang zu jedermanns Einsicht aufzulegen und der Zeitpunkt der Auflegung vorher öffentlich bekannt zu machen, damit jedermann Gelegenheit hat, wegen der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste innerhalb einer einwöchentlichen Frist Einspruch zu erheben (§ 36 G.-V.-G.).

Nach Ablauf der Frist sendet der Gemeindevorsteher die Urliste nebst den erhobenen Einsprachen und den ihm erforderlich erscheinenden Bemerkungen an den Amtsrichter seines Bezirkes ein. Wird nach Absendung der Urliste die Berichtigung derselben erforderlich, so hat der Gemeindevorsteher hiervon dem Amtsrichter Anzeige zu machen (§ 38 G.-V.-G.). Der Amtsrichter ist nicht zuständig, über die erhobenen Einsprachen zu entscheiden, er hat nur die Urlisten des Bezirks zusammenzustellen und den Beschluss über die Einsprachen vorzubereiten. Er ist befugt, die Hebung etwaiger Mängel zu veranlassen, falls die Förmlichkeiten bezüglich der öffentlichen Auflegung der Liste oder der Bekanntmachung derselben nicht beobachtet worden sind.

Bei dem Amtsgericht tritt alljährlich ein Ausschuss zusammen, bestehend aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden und einem von der Landesregierung zu bestimmenden Staatsverwaltungsbeamten, sowie sieben Vertrauensmännern als Beisitzer. Erst dieser Ausschuss ist zuständig, über die gegen die Urliste er-

hobenen Einsprachen zu entscheiden. Seine Entscheidungen sind endgültig (§ 40, 41 G.-V.-G.).

Diese Urliste finden wir überhaupt nicht im serbischen Schwurgerichtsgesetz, da der Gemeinderat sofort die erforderliche Zahl der Geschworenen wählt. Dies ist der erste Unterschied zwischen der serbischen und deutschen Auswahl der Geschworenen. Das serbische Schwurgerichtsgesetz unterscheidet sich aber ferner vom deutschen noch dadurch, dass es keinen Ausschuss kennt, der über die gegen die Urliste erhobenen Einsprachen zu entscheiden hat, weil keine Urliste da ist; es ist vielmehr in Serbien für alle diese Einsprachen das Gericht erster Instanz zuständig.

Was den weiteren Vorgang bei der Wahl der Geschworenen in Deutschland betrifft, so hat der Ausschuss, der bei dem Amtsgericht zusammentritt, aus der Urliste dreimal so viel für das nächste Jahr zu Geschworenen vorzuschlagende Personen auszuwählen, als Geschworene auf den Amtsgerichtsbezirk entfallen. Die Namen der zu Geschworenen vorzuschlagenden Personen werden in ein Verzeichnis aufgenommen und dieses Verzeichnis heisst die Vorschlagsliste (§ 87, 88 G.-V.-G.). Aus dem Gesagten ergibt sich, dass auch dieser Ausschuss kein Wahlrecht, sondern nur ein Vorschlagsrecht hat.

Das bis jetzt geschilderte Verfahren ist nur ein Vorbereitungsverfahren, welches dazu dient, die Geschworenenbank mit den fähigsten Personen zu besetzen. Dieses Verfahren kennt das serbische Schwurgerichtsgesetz nicht, da auch die eben erwähnte Vorschlagsliste dem serbischen Schwurgerichtsgesetz unbekannt ist.

Die Vorschlagsliste wird nebst den Einsprachen, welche sich auf die in dieselbe aufgenommenen Personen beziehen, dem Präsidenten des Landgerichts über-

sandt, welcher eine Sitzung des Landgerichts anberaumt, an welcher fünf Mitglieder mit Einschluss des Präsidenten und der Direktoren teilnehmen. In dieser Sitzung wird zunächst endgültig über die Einsprachen entschieden und sodann aus der Vorschlagsliste die für den Jahresbedarf des Schwurgerichts bestimmte Zahl von Haupt- und Hilfsgeschworenen gewählt. Als Hilfsgeschworene sind solche Geschworene zu wählen, welche an dem Sitzungsorte des Schwurgerichts oder in dessen nächster Umgebung wohnen (§ 89 G.-V.-G.).

Die Geschworenen werden also vom Landgericht ausgewählt und die Namen der Haupt- und der Hilfsgeschworenen in gesonderte Jahreslisten aufgenommen. — Diese Jahreslisten entsprechen dem vom Gemeinderat aufgestellten Verzeichnis, welches wir bei der Auswahl der Geschworenen in Serbien kennen gelernt haben, und in das die Namen der Geschworenen aufgenommen werden.

Somit wird klar sein, wie gross der Unterschied zwischen der Auswahl der Geschworenen in Serbien und Deutschland ist. In Serbien geht man sofort an die Auswahl, in Deutschland dagegen wird die Auswahl erst durch Aufstellung einer Ur- und einer Vorschlagsliste vorbereitet. Deswegen ist in Deutschland die Zahl, aus welcher die Geschworenen ausgewählt werden, kleiner als in Serbien, was den Vorteil hat, dass die Geschworenenbank mit den fähigeren Personen besetzt wird.

Ein weiterer Unterschied bei der Auswahl in Deutschland und Serbien besteht noch darin, dass die Geschworenen in Serbien vom Gemeinderat, in Deutschland dagegen vom Landgerichte gewählt werden.

Oben ist gesagt, dass das Landgericht in einer Sitzung neben den Hauptgeschworenen auch die Hilfsgeschworenen wählt. Von Hilfsgeschworenen dagegen

spricht das serbische Schwurgerichtsgesetz überhaupt nicht. Dasselbe sagt vielmehr in Art. 6, dass der Gemeinderat nur die erforderliche Zahl der Geschworenen wählt, von Hilfsgeschworenen spricht es gar nicht. Dass nach dem serbischen Schwurgerichtsgesetz keine Hilfsgeschworenen gewählt werden, ergibt sich indirekt aus dem Art. 18 Schwurgerichtsgesetz, der sagt: „wenn einer von den Ausgewählten und, gemäss dem Art. 17 dieses Gesetzes, zur Hauptverhandlung geladenen Geschworenen wegbleibt, so hat das Gericht erster Instanz einen anderen Geschworenen aus der Jahresliste der Gemeinde, in welcher das Gericht erster Instanz die Sitzung hält, auszuwählen und so die erforderliche Zahl zu ergänzen, damit nur deswegen die Hauptverhandlung nicht ausgesetzt wird.“ Ueberhaupt ist hier das Gesetz ziemlich unklar und enthält wenige Bestimmungen über diesen Punkt.

In Deutschland wird nach § 86 G.-V.-G. die Zahl der für jedes Schwurgericht erforderlichen Geschworenen und die Verteilung dieser Zahl auf die einzelnen Amtsgerichtsbezirke durch die Landesjustizverwaltung festgeregelt. Also ganz anders wie in Serbien, wo die Geschworenen nach der Zahl der Steuerköpfe bestimmt werden.

Das weitere Verfahren in Deutschland gestaltet sich nun in folgender Weise:

Spätestens zwei Wochen vor Beginn der Sitzungsperiode werden dann ebenfalls in einer öffentlichen Sitzung des Landgerichts, an welcher nur der Präsident und zwei Mitglieder teilnehmen, in Gegenwart der Staatsanwaltschaft 30 Hauptgeschworene von dem Präsidenten ausgelost. Die Namen der so ausgelosten Geschworenen werden in eine sogenannte Spruchliste aufgenommen. Diese Spruchliste wird dem ernannten Vorsitzenden des Schwurgerichts übersandt. Auf An-

ordnung des Vorsitzenden werden die 30 Geschworenen unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens zur Eröffnungssitzung geladen (§§ 91, 92, 93 G.-V.-G.).

Die Schwurgerichte in Deutschland und Frankreich treten periodisch zusammen und für jede Sitzungsperiode werden die Geschworenen aus der Jahresliste ausgelost. Hierin liegt wieder ein Unterschied vom serbischen Recht, denn in Serbien treten die Schwurgerichte nicht periodisch, sondern je nach dem Bedürfnis für jeden einzelnen Fall, für welchen das Schwurgericht zuständig ist, zusammen. Ein noch wichtiger Unterschied liegt aber darin, dass die Geschworenen (Spruchliste) in Serbien aus der Jahresliste nicht, wie in Deutschland und Frankreich, ausgelost, sondern bloß vom Gericht erster Instanz gewählt werden. Das ergibt sich aus dem Art. 17 Abs. 2 Schwurgerichtsgesetzes, der sagt, dass das Gericht erster Instanz aus der Jahresliste und zwar nachdem die Parteien das ihnen zustehende Ablehnungsrecht ausgeübt haben, vier Geschworene auswählen wird. Die vier Geschworenen werden zur Sitzung geladen.

2) Aehnlich wie in Deutschland ist auch in Frankreich die Auswahl der Geschworenen kompliziert. Da das Verfahren hierbei fast genau dem deutschen entspricht, so sei hier nur im kurzen dieses Verfahren geschildert.

Das französische Schwurgericht kennt auch, wie das deutsche, bei der Auswahl der Geschworenen verschiedene Listen. Die erste ist die Vorbereitungsliste (*préparatoire de la liste annuelle*). Diese wird in jedem Kanton von einer Kommission, bestehend aus dem Friedensrichter als Vorsitzenden, seinen Suppleanten und sämtlichen Bürgermeistern des Kantons, entworfen, und muss doppelt so viel Namen enthalten, als der

Anteil des Kantons nach der vom Präfekten im Einverständnis mit der Departemental-Kommission geschehenen Verteilung beträgt. Dieser Verteilung liegt die Einwohnerzahl zu Grunde. Die Vorbereitungsliste ist vierzehn Tage lang öffentlich zu jedermanns Einsicht aufzulegen, damit Einsprache gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit derselben erhoben werden kann. Die Vorbereitungsliste entspricht der Vorschlagsliste im deutschen Schwurgericht, welche das serbische Schwurgericht nicht kennt.

Oben ist gesagt, dass die Zahl der Geschworenen, welche für jedes Schwurgericht erforderlich ist, nach der Einwohnerzahl bestimmt wird, und nicht wie in Deutschland durch die Landesjustizverwaltung.

Nachdem die Vorbereitungslisten vierzehn Tage öffentlich aufgelegt haben, wird für jedes Arrondissement durch eine Kommission, welche aus dem Präsidenten des Civiltribunals oder dessen Vertreter als Vorsitzenden, den Friedensrichtern und Generalräten besteht, die Jahresliste zusammengestellt. Diese Kommission darf jeder Vorbereitungsliste noch um ein Viertel mehr Namen hinzufügen. Ausser dieser Arrondissementsliste wird noch für jedes Jahr eine besondere Liste von Ersatzgeschworenen aufgestellt. Die Ersatzgeschworenen werden aus den Geschworenen, die am Schwurgerichtssitz wohnen, genommen. Die Arrondissementsliste wird an den greffier des Schwurgerichts eingesandt.¹⁾

Der erste Präsident des Appellationshofs oder des Tribunals, bei dem die Sitzungen des Schwurgerichts stattfinden, stellt in der ersten Hälfte des Dezember die Departementsjahresliste, sowie die Liste

¹⁾ Vergl. Hélie ; traité de l'instr. crim. Band VIII Seite 272 ff.

der Ersatzgeschworenen nach den Arrondissementslisten in alphabetischer Ordnung zusammen.

In Frankreich wird also, wie in Deutschland, eine Jahresliste gebildet, worin sich der Unterschied dieser Gerichte gegenüber dem serbischen kund gibt. Aber die Bildung der französischen Jahreslisten unterscheidet sich von der deutschen dadurch, dass in Frankreich zunächst die Arrondissementsjahresliste und erst dann vom Präsidenten des Appellationshofes oder des Tribunals die Departementsjahreslisten zusammengestellt werden, während in Deutschland die für das Schwurgericht bestimmte Zahl von Haupt- und Hilfs- geschworenen gleich aus der Vorschlagsliste gewählt wird, und zwar nicht durch den Vorsitzenden, sondern durch die Sitzung des Landgerichts.

Mindestens zehn Tage vor Eröffnung der Schwurgerichtssitzungen lost der Präsident in öffentlicher Sitzung aus der Jahresliste 36 Geschworene und ausserdem 4 Ersatzgeschworene aus der Spezialliste aus. Die Namen dieser Geschworenen werden in eine Liste, welche Sitzungsliste (*liste de la session*) heisst, aufgenommen. Diese Sitzungsliste entspricht der deutschen Spruchliste.¹⁾

3) Endlich erübrigt es noch, von der Bildung der Geschworenenlisten in England zu reden. Was dieselbe betrifft, so unterscheidet sie sich sowohl von der serbischen wie von der deutschen und französischen Bildung der Geschworenenlisten in wesentlichen Punkten.

Die Bildung der Geschworenenlisten in England beruht auch auf verschiedenen Listen. Die erste ist die Urliste. Sie wird in jeder Gemeinde von den Kirchen- oder Armenvorstehern angefertigt, welche vor allem alle zum Geschworenendienst untauglichen Per-

¹⁾ Vergl. Hélie; traité de l'instr. crim. Band VIII Seite 347 ff.

sonen ausschliessen. Diese Urliste wird öffentlich zu Jedermanns Einsicht aufgelegt und an den Kirchenthüren angeheftet, sodass alle Beteiligten Reklamationen erheben können. Ueber die erhobenen Reklamationen entscheidet eine Kommission, bestehend aus den Friedensrichtern. Dieser liegt auch die Berichtigung der Urliste ob; sie streicht alle zum Geschworenen dienst untauglichen Personen, nimmt andere auf, und entwirft die Bezirksliste. Die so berichtigten Urlisten werden bei der Vierteljahrssitzung der Friedensrichter der Grafschaft überreicht und dort in der Registratur aufbewahrt. Der Friedensgerichtsschreiber bringt sie nach Hundertschaften in alphabetische Ordnung und sendet sie dem Sheriff zu.

Dem Sheriff bzw. Untersheriff liegt es ob, aus der Urliste eine andere Liste zu bilden, welche die Dienstliste heisst. Die Dienstliste bildet er so, dass er aus der ganzen Grafschaft zu jeder Assise 48—72, zu jeder Vierteljahrssitzung 24, 36, 48 oder nach Bedürfnis auch mehr Geschworene einberuft. Diese Dienstliste wird der Assise oder Vierteljahrssitzung zugesandt.¹⁾

Aus der obigen Schilderung ergibt sich, dass in England in die Hände des Sheriffs die Auswahl gelegt ist, und darin liegt die grösste Abweichung von der serbischen, deutschen und französischen Auswahl der Geschworenen. Während also in Serbien die Geschworenen vom Gemeinderat, in Deutschland und Frankreich von einer Sitzung des Gerichts gewählt werden, liegt in England die Auswahl nur einer Person

¹⁾ Vergl. Mittermaier, das englische Strafverfahren Seite 369 ff. Biener; das englische Geschworenengericht Seite 89 ff.; Geyer; deutsches Strafprozessrecht Seite 306; Gneist; das Selfgovernment, Seite 422 ff.

ob. Diese Eigentümlichkeit hat sich mit dem Schwurgericht entwickelt und es hat sich gezeigt, dass die Auswahl der Geschworenen durch einen Mann im Volke nicht Misstrauen erweckt, da der Sheriff sein Amt nicht missbraucht. Denn er ist kein Regierungsbeamter, und keine Regierungspartei kann Einfluss auf ihn ausüben, vielmehr ist er ein Selbstverwaltungsbeamter, der auf ein Jahr gewählt wird und nach Ablauf desselben wieder in den Kreis der Mitbürger zurücktritt und so von jedem Einfluss ausgeschlossen bleibt.

Viertes Kapitel.

Die Besetzung der Schwurgerichte.

I. Das Schwurgericht Serbiens tritt für jeden einzelnen Fall bei dem Gericht erster Instanz zusammen und wird mit drei Richtern und zwei Geschworenen besetzt. Für die Besetzung des Schwurgerichts gelten folgende Bestimmungen:

Hat eine Voruntersuchung stattgefunden und hat das Gericht erster Instanz gefunden, dass die Sache zur Zuständigkeit des Schwurgerichts gehört, so hat es, sobald alles was zur Hauptverhandlung erforderlich, bereit ist, dem Angeklagten, dessen Verteidiger, dem Staatsanwalt und dem Privatkläger die Jahresliste aller der Gemeinden, aus welchen die Geschworenen entnommen werden, zuzustellen. Ist der Wohnort des Privatklägers nicht zugleich der des Gerichts erster Instanz, so sind ihm die Jahreslisten durch die Polizeibehörde zuzustellen. Aus welchen Gemeinden die Jahreslisten zuzustellen sind, hängt davon ab, ob ein oder mehrere Angeklagte da sind und ob das Verbrechen in derselben Gemeinde, in welcher der An-

geklagte wohnt, begangen ist oder nicht, weil die Geschworenen nur diesen Gemeinden entnommen werden dürfen (Art. 17 Abs. 1., 9 Abs. 1 Schwurgerichtsgesetzes).¹⁾

Das Gesetz sagt nicht wann und wie viel Tage vor der Hauptverhandlung diese Jahreslisten den Parteien zuzustellen sind, sondern nur, wenn die Sache zur Hauptverhandlung bereit ist. (Art. 17 Satz 1.)

Die Zustellung geschieht zu dem Zweck, dass die Parteien das ihnen zustehende Ablehnungsrecht ausüben können. Jede Partei kann nur je zwei Geschworene ablehnen. Die Angabe von Gründen ist dabei unzulässig. Das Ablehnungsrecht ist also ein sog. peremtorisches. Sind bei der Hauptverhandlung mehrere Angeklagte oder mehrere Privatkläger beteiligt, so können alle Angeklagten wie auch alle Privatkläger zusammen nur je vier Geschworene ablehnen. Zugleich können Angeklagte, Privatkläger und Staatsanwalt mehrere Geschworene ablehnen, wenn gesetzliche Gründe nach der Strafprozessordnung zur Ausschliessung vorliegen. Aber dieses Recht steht ihnen nur binnen 24 Stunden nach der Zustellung der Jahreslisten zu. Nach Ablauf dieser Frist haben sie es nur dann, wenn der Ablehnungsgrund später entstanden ist. — Das Gesetz schweigt darüber, wer von den mehreren Angeklagten, wenn die Vereinbarung unter den Mitangeklagten nicht gelingt, das Ablehnungsrecht auszuüben hat. Wegen dieses Mangels des Gesetzes wird so praktiziert, wie der Vorsitzende es anordnet. (Art. 17 Abs. 1).

Nachdem von den Parteien das Ablehnungsrecht ausgeübt worden ist, wählt das Gericht erster Instanz die vier Geschworenen aus, welche bei der Hauptverhandlung zugegen sein müssen.

¹⁾ Siehe Wortlaut des Art. 9 Seite 33.

Die Regel ist also, dass die Geschworenen aus der Gemeinde des Angeklagten und aus dem Ort, wo das Verbrechen begangen ist, ausgewählt werden; aber diese Regel ist nicht ohne Ausnahme, d. h. die Geschworenen werden unter Umständen aus einer ganz anderen Gemeinde ausgewählt. Das ist der Fall:

1) wenn mehrere Angeklagte bei der Hauptverhandlung beteiligt sind und nicht alle in einer Gemeinde wohnen (Art. 9 Abs. 3 Schwurgerichtsgesetz);

2) wenn für diese Gemeinden das Gericht erster Instanz, bei welchem das Schwurgericht gebildet wird, nicht zuständig ist (Art. 9 Abs. 3); oder

3) wenn die Verbrechen in verschiedenen Gemeinden begangen sind (Art. 9 Abs. 3), und endlich

4) wenn einer von den ausgewählten und zur Sitzung eingeladenen Geschworenen ausbleibt (Art. 18 Schwurgerichtsgesetz.)

In allen diesen Fällen wird die Zahl der Geschworenen aus der Jahresliste der Gemeinde, in welcher das Gericht erster Instanz seinen Sitz hat, ergänzt. Hier besteht im Gesetz die Unklarheit, dass es nicht sagt, ob die Parteien auch gegen diese Ergänzungsgeschworenen ihr Ablehnungsrecht ausüben können, was ein entschiedener Mangel des Gesetzes ist.

Die definitive Besetzung des Schwurgerichts ist der erste Akt der öffentlich-mündlichen Hauptverhandlung in der einzelnen Schwurgerichtssache. Sie erfolgt in öffentlicher Sitzung und zwar durch Auslosung. Von den vier vom Gericht erster Instanz ausgewählten und geladenen Geschworenen werden vor Beginn der Hauptverhandlung in Gegenwart des Angeklagten, Privatklägers und des Staatsanwalts zwei ausgelost, und zwar einer aus der Gemeinde, in welcher der Angeklagte wohnt und der andere aus der Gemeinde, in welcher das Verbrechen begangen ist. Wenn aber

Verbrechensort und Wohnort des Angeklagten zusammenfallen, dann werden beide Geschworene aus dieser Gemeinde ausgelost. (Art. 17 Abs. 3 Schwurgerichtsgesetz.)

Mit diesen zwei ausgelosten Geschworenen ist die Besetzung der Geschworenenbank noch nicht vollendet, denn das serbische Schwurgericht besteht aus drei rechtsgelehrten Richtern und zwei Geschworenen. Also zu diesen zwei ausgelosten Geschworenen treten noch drei Richter des Gerichts erster Instanz hinzu und bilden das Schwurgericht. Ebenso wie die Geschworenen werden die Richter ausgelost, mit Ausnahme des Vorsitzenden, der stets ohne Auslosung bestimmt wird. Die Auslosung der Richter ebenso wie diejenige der Geschworenen findet in Gegenwart des Angeklagten und Staatsanwalts statt (Art. 9 Abs. 3).

Ueber die Auslosung wird ein Protokoll aufgenommen (Art. 17 Abs. 4).

Das ist die Geschworenenbank im serbischen Schwurgericht. Sie wird sowohl aus Geschworenen aus dem Volke wie auch aus Richtern, die auch Geschworene werden und mit den Geschworenen die Schuldfrage des Angeklagten zu beantworten haben, gebildet.

Was endlich die Ergänzungsgeschworenen betrifft, so spricht von ihnen das Gesetz nicht. Das alte Schwurgerichtsgesetz dagegen hatte eine Bestimmung, nach welcher vom Vorsitzenden, wenn voraussichtlich die Verhandlung länger dauern sollte, die Zuziehung von einem oder mehreren Ergänzungsgeschworenen anzuordnen war. Diese Bestimmung enthält das neue Gesetz nicht mehr.

Aus dieser Schilderung ist ersichtlich, dass in Serbien — so zu sagen — kein Schwurgericht besteht, da die Richter auch Geschworene sind und mit den

Geschworenen aus dem Volke an der Entscheidung über die Schuldfrage teilnehmen. Ein solches Schwurgericht besteht in Deutschland, Frankreich und England nicht. Durch die Schilderung der Besetzung der Geschworenenbank in diesen drei Ländern wird sich daher der Gegensatz zum serbischen Gericht deutlich zeigen.

II. 1) Mit der Ladung der Geschworenen, in der Eröffnungssitzung des Schwurgerichts zu erscheinen, ist sowohl in Deutschland wie auch in Frankreich noch nicht die Besetzung der Geschworenenbank vollzogen. Die Besetzung der Geschworenenbank erfolgt vielmehr vor Beginn der Hauptverhandlung in öffentlicher Sitzung durch Auslosung der Geschworenen. Vor der Auslosung sind alle absolut und relativ zum Dienst Unfähigen aus der Spruchliste endgültig durch Gerichtsbeschluss auszuschliessen.

Zur Besetzung der Geschworenenbank kann in Deutschland nur dann geschritten werden, wenn die Zahl der Geschworenen, welche nicht ausgeschieden worden sind, wenigstens 24 beträgt, andernfalls die Zahl aus der Liste der Hilfsgeschworenen auf 30 zu ergänzen ist (Strafprozessordnung § 280), — in Frankreich dagegen nur dann, wenn am Sitzungstage mindestens 30 Geschworene anwesend sind, andernfalls Ersatzgeschworene eintreten (code de l'instr. crim. art. 395.)

Die definitive Besetzung der Geschworenenbank erfolgt im Wege der Auslosung von 12 Geschworenen und von Ergänzungsgeschworenen, soweit sie erforderlich sind. Das Los wird von dem Vorsitzenden gezogen; er lässt die Namen der zur Auslosung erschienenen Geschworenen in eine Urne legen und nimmt dann die Auslosung vor (Strafprozessordnung § 281, code d'instr. crim. art. 399). Die Parteien üben

dabei ein sog. peremptorisches Ablehnungsrecht aus, welches aber die Besetzung der Geschworenenbank nicht vereiteln darf. Von den ausgelosten Geschworenen können so viele abgelehnt werden, als Namen über 12 in der Urne sich befinden. Die eine Hälfte der Ablehnungen steht der Staatsanwaltschaft, die andere dem Angeklagten zu. Dem Angeklagten gebührt eine Ablehnung mehr, wenn die Gesamtzahl der Ablehnungen eine ungerade ist. Für den Angeklagten kann auch dessen Verteidiger das Ablehnungsrecht ausüben (Strafprozessordnung § 282, code d'instr. crim. art. 400, 401).

Sind bei einer Hauptverhandlung mehrere Angeklagte beteiligt, so haben sie das Ablehnungsrecht gemeinschaftlich auszuüben, da dasselbe unter die beiden Parteien zu gleichen Teilen verteilt ist. Wenn eine Vereinigung unter den Mitangeklagten nicht gelingt, so entscheidet das Loos darüber, in welcher Reihenfolge sie die ihnen zu gleichen Teilen zustehende Ablehnung auszuüben haben (Strafprozessordnung § 284, code d'instr. crim. art. 402-404.)

Die zwölf ausgelosten Geschworenen bilden in Deutschland und Frankreich die Geschworenenbank.

Ausser der Geschworenenbank wird in Deutschland und Frankreich auch eine Richterbank gebildet, welche aus drei Richtern besteht.

Aus dieser kurzen Schilderung ergibt sich ein erheblicher Unterschied zwischen der Besetzung des serbischen Schwurgerichts einerseits und des deutschen und französischen andererseits. Vor allem ist die Geschworenenbank in Deutschland und Frankreich nur mit Geschworenen aus dem Volke besetzt, es werden nicht, wie in Serbien, neben den Geschworenen aus dem Volke die Richter erster Instanz auch Geschworene. In Deutschland und Frankreich liegt also nur den Geschworenen aus dem Volke ob, die Schuldfrage zu

entscheiden, ein Recht, das den Richtern nicht zusteht, wie das in Serbien der Fall ist.

Was die Zahl der Geschworenen betrifft, so finden wir auch hier einen erheblichen Unterschied. Während wir im serbischen Schwurgericht nur zwei Geschworene finden, welche an der Urteilsprechung teilnehmen, sehen wir die Geschworenenbank in Deutschland und Frankreich mit zwölf Geschworenen besetzt.

Ein weiterer Unterschied liegt in dem Ablehnungsrecht der Parteien. Während in Serbien die Parteien das Ablehnungsrecht vor der Hauptverhandlung ausüben und jede Partei nur zwei Geschworene, und zwar aus der Jahresliste, ablehnen kann, ist dies in Deutschland und Frankreich ganz anders, indem hier die Parteien in öffentlicher Sitzung ablehnen, wobei ihr peremptorisches Ablehnungsrecht viel ausgedehnter ist. Dieses Ablehnungsrecht üben die Parteien nicht an der Jahresliste wie in Serbien, sondern an der Spruchliste, also an der Zahl der in der Eröffnungssitzung des Schwurgerichts erschienenen Geschworenen aus. Mehrere Mitangeklagte haben in Deutschland und Frankreich wie in Serbien das Ablehnungsrecht gemeinschaftlich; aber während ihnen in Deutschland dasselbe Ablehnungsrecht zusteht, wie wenn ein Angeklagter da wäre, können in Serbien mehrere Angeklagte gemeinschaftlich vier Geschworene ablehnen, also zwei Geschworene mehr, als wenn ein einzelner Angeklagter da wäre.

In Serbien wird bei der Auslosung der Geschworenen für jeden einzelnen Fall einer von den Ausgelosten aus der Gemeinde, in welcher der Angeklagte wohnt und der andere aus der Gemeinde, in welcher das Verbrechen begangen ist, gewählt; das ist ein neuer Unterschied, denn in Deutschland und Frankreich ist das nicht der Fall, da die Geschworenen

aus der Spruchliste, welche für jedes Schwurgericht gebildet wird, ausgelost werden.

Zuletzt unterscheidet sich die Besetzung des Schwurgerichts in Serbien von der in Deutschland und Frankreich noch dadurch, dass die richterlichen Mitglieder in Deutschland und Frankreich nicht durch Auslosung wie in Serbien bestimmt werden, sondern in Deutschland dem Landgericht und in Frankreich den Tribunalen erster Instanz zu entnehmen sind.

2. Was die Besetzung des englischen Schwurgerichts betrifft, so unterscheidet sich dieselbe wiederum erheblich, sowohl von der Besetzung des serbischen wie auch von der des deutschen und französischen Schwurgerichts.

In England besteht eine Anklage und eine Urteilsjury. Demnach ist zu scheiden zwischen der Besetzung der Anklage- und der Besetzung der Urteilsjury. Die Anklagejury zerfällt wieder in die bei den Assisen- und die bei den Vierteljahressitzungen in Thätigkeit tretende grand jury.

Die Anklagejury, welche bei den Assisen mitwirkt, wird herkömmlicherweise mit Friedensrichtern und Gentlemen gleicher Klasse besetzt. Die Anklagejury, welche bei den Vierteljahrssitzungen mitwirkt, wird dagegen aus den 24 Männern, welche der Sheriff auswählt und von welchen die Friedensrichter ausgeschlossen sind, genommen. Die Mitglieder dieser grossen Jury werden im wesentlichen aus denselben Volksklassen genommen wie die Mitglieder der Urteilsjury; allein wie viel Vermögen sie besitzen sollen, bestimmt kein Gesetz, sodass der Sheriff hierin freie Hand hat.¹⁾

¹⁾ Vergl. Biener; das engl. Geschworenengericht II Seite 29 ff.; Mittermaier; das engl. Strafverfahren Seite 263 ff.; Geyer; deutsches Strafprozessrecht Seite 305 ff.

Die Anklagejury kennt, wie bereits bekannt, weder serbisches noch deutsches und französisches Schwurgericht, folglich kann auch von einer Besetzung derselben in ihnen keine Rede sein. Dadurch unterscheidet sich die englische Jury erheblich von allen anderen Schwurgerichten.

Was die Besetzung der Urteilsjury betrifft, so erfolgt sie für den einzelnen Fall durch Auslosung von 12 Geschworenen aus der Dienstliste.¹⁾

Die Zahl der Geschworenen ist also dieselbe wie in Deutschland und Frankreich und unterscheidet sich dadurch vom serbischen Schwurgericht, wo nur zwei Geschworene ausgelost werden.

Ein zweiter erheblicher Unterschied liegt in der Ausübung des Ablehnungsrechts der Parteien.

Auch in England üben wie in Deutschland und Frankreich die Parteien das Ablehnungsrecht erst bei der Auslosung der Geschworenen und nicht schon vor derselben und zwar vor der Hauptverhandlung wie in Serbien aus. Aber bei der Ausübung des Ablehnungsrechts der Parteien besteht noch ein anderer Unterschied und zwar nicht nur zwischen dem serbischen und dem englischen Ablehnungsrecht, sondern auch zwischen dem deutschen und französischen einerseits und dem englischen andererseits.

Dieser Unterschied liegt darin, dass in England zwei Hauptarten des Ablehnungsrechts zu unterscheiden sind. Die erste ist die Verwerfung der ganzen Liste (*challenge the array*), die andere die Verwerfung einzelner Geschworener.

Die Verwerfung der ganzen Liste kann nur erfolgen, bevor die Eidesleistung der Geschworenen begonnen hat, und tritt gewöhnlich dann ein, wenn

¹⁾ Vergl. Biener; das engl. Geschworenengericht II Seite 83; Geyer; deutsches Strafprozessrecht Seite 306, 307.

der Sheriff selbst Prosekutor ist oder einer Partei nahe steht. Eigentümlich dabei ist noch, dass über die Verwerfungsgründe nicht das Gericht, sondern zwei vom Gerichte bezeichnete Urteiler (Triers) entscheiden.

Diese Art des Ablehnungsrechts kennt das serbische, deutsche und französische Schwurgericht nicht, denn solche Verwerfungsgründe können hier eben nicht vorkommen, weil die Bildung der Jahresliste nicht einem einzelnen (dem Sheriff), sondern einer Kommission zusteht, und die Spruchliste ausgelost wird.

Die zweite Art des Ablehnungsrechts ist die Ablehnung einzelner Geschworener. Dieselbe zerfällt wieder in zwei Arten. Die erste ist das motivierte und die zweite das peremptorische Ablehnungsrecht. Das motivierte Ablehnungsrecht steht sowohl dem Angeklagten wie auch dem Kläger zu und zwar: a) *propter honoris respectum*, wenn ein Pair des Reichs Geschworener sein soll; b) *propter defectum*, wenn der Geschworene kein Engländer ist; c) *propter affectum*, wegen Verwandtschaft, Abhängigkeit von der Partei; d) *propter delictum*, wenn der Geschworene wegen eines infamierenden Verbrechens bestraft wurde.

Das peremptorische Ablehnungsrecht dagegen steht nur dem Angeklagten zu, aber nicht unbeschränkt, sondern bis auf eine gewisse Zahl und zwar in Verratsfällen kann er 35, bei Mord oder Felonien 20 ohne Angabe eines Grundes ablehnen.¹⁾

Auch hier besteht ein Unterschied zwischen dem serbischen, deutschen, französischen einerseits und dem englischen anderseits, der darin liegt, dass im serbischen, deutschen und französischen Schwurgericht eine motivierte Ablehnung von Geschworenen nicht gestattet ist. Weiter liegt ein Unterschied darin, dass das

¹⁾ Vergl. Biener; das engl. Geschworenengericht Seite 100 ff. Mittermaier; das engl. Strafverfahren Seite 383 ff.

peremptorische Ablehnungsrecht in Serbien, Deutschland und Frankreich nicht nur dem Angeklagten, wie in England, sondern den beiden Parteien und zwar zu gleichen Teilen zusteht.

Ferner wirkt bei dem Schwurgericht in England blos ein Richter mit, während in Serbien, Deutschland und Frankreich drei Richter teilnehmen, und dieser eine Richter ist auch nicht zu gleicher Zeit Geschworener, wie das im serbischen Schwurgericht der Fall ist.

Fünftes Kapitel.

Beeidigung der Geschworenen.

Beim serbischen Schwurgericht vollzieht sich die Beeidigung der Geschworenen folgendermassen:

Nachdem die zwei Geschworenen ausgelost sind und das Schwurgericht besetzt ist, werden dieselben beeidigt.

Die Beeidigung der Geschworenen geschieht durch den Vorsitzenden, der vor der Eidesleistung jeden Geschworenen in angemessener Weise auf die Bedeutung des Eides hinzuweisen hat. Die Beeidigung erfolgt in der Weise, dass der Geschworene folgende Worte ausspricht:

„Ich schwöre beim einzigen Gott und alledem, was mir nach meinem Gesetze das heiligste und auf dieser Welt das liebste ist, die Pflicht eines Geschworenen bei dem Gericht getreulich zu erfüllen, und für jede Sache, für welche ich berufen werde, der Gerichtsuntersuchung aufmerksam zu folgen, die Beweise sowohl zu Gunsten wie auch zu Lasten des Angeklagten gewissenhaft zu prüfen und bei der Entscheidung nach meiner eigenen Ueberzeugung, welche

auf der Untersuchung und Kenntnis der Sache begründet ist, und nicht nach Hass, Neigung, Beredung oder Furcht zu stimmen; und ich will dieses getreulich thun, so wahr mir Gott helfe.“ (Art. 11 Schwurgerichtsgesetz.) ¹⁾

Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand auf das Evangelium legen. Wenn der Schwörende von einer nicht christlichen Religion ist, so soll er bei der Eidesleistung nur die rechte Hand erheben und dieselben Worte aussprechen.

Der Geschworene, der einmal den Eid geleistet hat, wird nicht wieder beeidigt und der Vorsitzende hat ihn nur auf die früher erfolgte Beeidigung hinzuweisen.

Der Unterschied des serbischen Rechts zum deutschen besteht also darin, dass in Deutschland die Beeidigung der Geschworenen am Beginn der Sitzungsperiode für alle zur Verhandlung kommenden Sachen nicht zugelassen wird, sondern die Beeidigung erfolgt für die einzelnen Sachen, bei welchen die Geschworenen mitzuwirken haben. Nur in einem Falle ist es in Deutschland möglich, dass die Geschworenen auch für mehrere Sachen einen Eid leisten. Dies ist der Fall, wenn an ein und demselben Tage mehrere Verhandlungen stattfinden; die für eine derselben gebildete

¹⁾ Art. 11 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Jeden Geschworenen hat bei seiner ersten Thätigkeit als Geschworener der Vorsitzende auf die Bedeutung des Eides hinzuweisen. Darauf legt der Geschworene die rechte Hand auf das Evangelium; ist der Geschworene nicht christlicher Religion, so erhebt er die Hand und spricht folgende Eidesformel:

„Ich schwöre“

Diejenigen, von denen das Gericht weiss, dass sie schon einmal den Eid geleistet haben, werden nicht mehr beeidigt, sondern es gilt der einmal geleistete Eid, auf welchen sie nur von dem Vorsitzenden hinzuweisen sind.

Geschworenenbank verbleibt dann für die folgenden Verhandlungen, wenn die dabei beteiligten Angeklagten und die Staatsanwaltschaft sich damit vor der Beeidigung der Geschworenen einverstanden erklärt haben (Strafprozessordnung § 286).

Das serbische Schwurgerichtsgesetz schweigt darüber, ob die Geschworenen in Gegenwart der Angeklagten, über welche sie richten sollen, zu beeidigen sind; daher wird hierin vorgegangen, wie der Vorsitzende es anordnet. Ebenso sagt das Gesetz nicht, was geschieht, wenn ein Geschworener die Eidesleistung verweigert; ebenfalls ein Mangel des Gesetzes.

Sechstes Kapitel.

Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht.

Vor der Schilderung des Verfahrens in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht ist es erforderlich, in kurzen Worten etwas darüber zu sagen, welche Person in Serbien zur Verbrechensverfolgung berufen ist und wie die Voruntersuchung geführt wird; denn all dies ist anders als in Deutschland und Frankreich geregelt.

In Serbien liegt die Verbrechensverfolgung und die Leitung des ganzen Ermittlungsverfahrens der Polizeibehörde ob (Strafprozessordnung § 6). Der erste Anstoss zur Verbrechensverfolgung kann durch eine bei der Polizeibehörde erhobene Privatklage oder Anzeige gegeben werden. Die Polizeibehörde bzw. ein Polizeibeamter ist also verpflichtet, die Voruntersuchung zu leiten und zwar entweder von Amtswegen oder auf eine Privatklage hin. Sie ist auch allein berufen, über die Eröffnung der Untersuchung zu entscheiden und öffentliche Klage zu erheben.

Hier bedarf es also zur Entscheidung über die Eröffnung der Untersuchung keines Gerichtsbeschlusses,

sondern sie ist einem Polizeibeamten überlassen. Dieser ist auch befugt, die Untersuchung jeder Zeit einzustellen, wenn er nur findet, dass gesetzliche Gründe dazu vorliegen (Strafprozessordnung § 29). Erachtet er die Voruntersuchung für beendet, so erhebt er die öffentliche Klage, was durch Einreichung der Anklageschrift mit den dazu gehörigen Akten bei Gericht erfolgt.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass in Serbien eine Voruntersuchung durch die Staatsanwaltschaft nicht existiert wie in Deutschland und Frankreich, wo die Leitung des ganzen Ermittlungsverfahrens und die Erhebung der öffentlichen Anklage der Staatsanwaltschaft obliegt.

Nicht nur in der Voruntersuchung tritt in Serbien die Staatsanwaltschaft nicht auf, sondern selbst bei Gericht wird sie nicht sofort, sondern erst nach dem endgiltigen Beschlusse des Gerichts über die Eröffnung des Hauptverfahrens thätig und zwar in eigentümlicher Weise, indem der Untersuchungsrichter zugleich als Staatsanwalt fungiert (Strafprozessordnung § 183). Der Untersuchungsrichter tritt bei jedem Gericht erster Instanz auf, und wird aus der Zahl der Richter am Anfang eines jeden Jahres für das ganze Jahr vom Vorsitzenden bestimmt. Derselbe tritt erst nach dem Beschlusse des Gerichts über die Eröffnung des Hauptverfahrens in Thätigkeit und übt die Funktion des Staatsanwalts aus.

Auch bei den Gerichten höherer Instanz, also bei dem Appellations- und Kassationshof, besteht die Staatsanwaltschaft in Serbien im Gegensatz zu Deutschland und Frankreich nicht.

Nach diesen kurzen Bemerkungen über die Voruntersuchung möge nun die Schilderung über die Vorgänge folgen, die sich an den Beschluss des Gerichts erster Instanz, dass die Sache vor das Schwurgericht gehöre, anschliessen.

Nach diesem Beschluss hat der Staatsanwalt das Verzeichnis der Beweise, welche für die Hauptverhandlung erforderlich sind, dem Gericht zu übergeben. — Höchstens acht Tage vor der Hauptverhandlung wird dieses Verzeichnis dem Angeklagten und dessen Verteidiger mitgeteilt. In derselben Zeit ist der Angeklagte befugt, die Ergänzung des Verzeichnisses zu verlangen und neue Beweise hinzuzufügen. Der Angeklagte muss diese Forderung wenigstens drei Tage vor der Hauptverhandlung stellen. Ob dieser Forderung nachzugeben sei, entscheidet das Gericht. Dasselbe kann diesen Antrag ablehnen, wenn vorauszusehen ist, dass die neuen Beweise nichts nützen, sondern nur die Hauptverhandlung verschleppen würden. Wenn dagegen der Angeklagte solchen Antrag während der Hauptverhandlung stellt, so entscheidet darüber das Schwurgericht, also nicht nur die richterlichen Mitglieder derselben (Art. 15 Schwurgerichtsgesetz) ¹⁾.

¹⁾ Art 15 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Nach dem endgiltigen Beschlusse über die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Schwurgericht hat der Staatsanwalt das Verzeichnis der Beweise, welche für die Hauptverhandlung erforderlich sind, dem Gerichte zu übergeben.

Höchstens acht Tage vor der Hauptverhandlung ist dieses Verzeichnis dem Angeklagten und dessen Verteidiger mitzuteilen; in derselben Zeit ist dem Angeklagten die Ergänzung des Verzeichnisses zu gestatten und die Verschaffung neuer Beweise zu verlangen. Ueber diese Anträge entscheidet das Gericht erster Instanz und zwar müssen dieselben wenigstens drei Tage vor der Hauptverhandlung gestellt werden. Eine spätere Zulassung derselben ist nur dann erlaubt, wenn der Angeklagte beweist, dass er von ihnen früher keine Kenntnis gehabt habe. — Das Gericht kann diese Anträge ablehnen, wenn vorauszusehen ist, dass die neuen Beweise der Sache selbst nichts nützen, sondern nur die Hauptverhandlung verschleppen würden. Stellt aber der Angeklagte einen solchen Antrag während der Hauptverhandlung, so entscheidet darüber das Schwurgericht.“

Beweise, welche das Verzeichnis nicht enthält, können in der Hauptverhandlung zum Nachteil des Angeklagten nicht geltend gemacht werden. Wenn aber die Richter finden, dass die Anwendung solcher Beweise für die Untersuchung und die Hauptverhandlung von Belang ist, so ist die Hauptverhandlung nach dem Beschluss nicht des ganzen Schwurgerichts, sondern nur der dabei beteiligten Richter auszusetzen, und ist jedes Mitglied des Schwurgerichts, also auch die Geschworenen, der Staatsanwalt und Privatkläger berechtigt, die Aussetzung der Hauptverhandlung zu verlangen. Ebenso ist die Hauptverhandlung auszusetzen, wenn der Angeklagte es verlangt, beim Ausbleiben eines Zeugen, oder um die zu seinen Gunsten neu vorgebrachten Beweise begründen und bekräftigen zu können. Ueber den ersten Punkt entscheiden die Richter allein, über den zweiten das ganze Schwurgericht, also Richter und Geschworene zusammen (Art. 16 Schwurgerichtsgesetz). ¹⁾ — Nach dem serbischen Schwurgerichtsgesetz sind also die Geschworenen auch mit den Staatsrichtern zusammen befugt, über

¹⁾ Art. 16 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Diejenigen Beweise, welche das Verzeichnis nicht enthält, können in der Hauptverhandlung zum Nachteil des Angeklagten nicht geltend gemacht werden. Wenn aber für das Resultat der Untersuchung nach der richterlichen Meinung die Anwendung derselben von Belang wäre, so ist die Hauptverhandlung nach dem Beschluss der Richter auszusetzen. Den Antrag für diese Aussetzung kann jedes Mitglied des Schwurgerichts, wie auch der Staatsanwalt und Privatkläger, stellen. Ebenso ist die Hauptverhandlung auszusetzen, wenn der Angeklagte es verlangt zu dem Zweck, um die zu seinen Gunsten neu vorgebrachten Beweise begründen und bekräftigen zu können, wenn das Schwurgericht findet, dass die vorgebrachten Beweise für die Entscheidung des Schwurgerichts von Belang sind; oder wenn es der Angeklagte beim Ausbleiben eines Zeugen verlangt und nach der richterlichen Meinung die Aussage des ausbleibenden Zeugen von Belang ist.“

gewisse Anträge des Angeklagten, welche er im Laufe der Hauptverhandlung anstellt, zu entscheiden. Die Geschworenen fassen also nicht nur das Endurteil zu einem Teile mit: die Schuldfrage, sondern sie nehmen Teil an gewissen kollegialisch zu fassenden Zwischenentscheidungen. Dieses Recht ist den Geschworenen in Deutschland und Frankreich nicht eingeräumt, worin ein erheblicher Unterschied zwischen diesen Gesetzen liegt.

Nach der Beeidigung der Geschworenen erfolgt die Verhandlung in der Sache selbst. Sie beginnt mit dem Verlesen des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens im Schwurgericht.

Die Geschworenen können, wie die Staatsrichter, sowohl an den Angeklagten, wie auch an den Zeugen und Sachverständigen Fragen stellen, jedoch nicht direkt, sondern durch Vermittelung des Vorsitzenden (Art. 20 Schwurgerichtsgesetz).

Für die Hauptverhandlung vor den Schwurgerichten, sowohl in Serbien wie auch in Deutschland und Frankreich, gelten im allgemeinen dieselben Vorschriften für die Hauptverhandlung.

Siebentes Kapitel.

Die Urteilsfällung.

A. Wahrspruch der Geschworenen.

I. Den Schwurgerichten ist im allgemeinen wesentlich, dass in ihnen das rechtsgelehrte und Laienelement vertreten ist, dass also das Laienelement bei der Rechtsprechung mitmirkt. Diese Aufnahme des Laienelements erscheint uns als Ergänzung der Urteilsfindung der rechtsgelehrten Richter. Der Gerichtshof übt die

Funktion der Urteilsfällung aus, aber diese Funktion ist bedingt durch den Ausspruch der Geschworenen über die Frage, ob der Angeklagte der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung schuldig sei oder nicht. Die Aufgabe der Geschworenen besteht also in der Beantwortung der That- oder Schuldfrage, während der Gegenstand der Funktion des Gerichtshofs die Anwendung des Gesetzes ist.

Das ist der Grundsatz des Schwurgerichts, ohne den man das Schwurgericht nicht verstehen kann.

In Serbien dagegen besteht ausnahmsweise dieser Grundsatz nicht, denn hier entscheiden die Richter nicht nur über das Strafmass, sondern auch über die Schuldfrage. Von einem Wahrspruch der Geschworenen kann daher nicht die Rede sein.

Um diese Eigentümlichkeit des serbischen Schwurgerichts näher kennen zu lernen, sei hier das Verfahren bei der Beantwortung der Schuldfrage geschildert, obwohl das Gesetz sehr wenige Bestimmungen darüber enthält und in vielen wichtigen Beziehungen ganz schweigt oder völlig ungenügende Vorschriften giebt.

Nach dem Schluss der Beweisaufnahme handelt es sich in Serbien um die Urteilsfällung.

Die Frage: ob der Angeklagte des Verbrechens schuldig ist oder nicht, haben die Geschworenen mit den Richtern zusammen zu entscheiden. Die Geschworenen haben allein darüber zu entscheiden, ob der Angeklagte des Verbrechens schuldig ist, auf welches die Anschuldigung in der Anklage gerichtet ist. Sie sind also zur Beantwortung der Schuldfrage berufen, dagegen die Verhängung der Strafe steht ihnen nicht zu.

Dass die Geschworenen nur zur Beantwortung der Schuldfrage berufen sind, ergibt sich aus dem

Art. 27¹⁾ Schwurgerichtsgesetz und Art. 30, nach welchen die Feststellung der Qualifikations- und Privilegierungsgründe, sowie die Entscheidung über das Vorhandensein mildernder Umstände ihnen nicht zusteht. Sie haben bloß auf Grund der vor ihnen geführten Verhandlung und der Einsicht in die Sache, welche sie in der Hauptverhandlung erlangt haben auf Schuldig oder Nichtschuldig zu erkennen. In allen übrigen Richtungen, nämlich bezüglich der Anwendung des Strafgesetzes, der Höhe der nach dem Gesetz verwirkten Strafe, des Vorhandenseins der Straferhöhungs- und Minderungsgründe und bezüglich der etwa konkurrierenden civilrechtlichen Fragen und der Kosten des Verfahrens entscheiden nur die Richter unabhängig von den Geschworenen.

Den Geschworenen werden zur Beantwortung keine Fragen vorgelegt, wie das in Deutschland und Frankreich geschieht. Warum ihnen keine Fragen vorgelegt werden ist leicht zu begreifen, wenn man weiss, dass über die Schuld des Angeklagten nicht nur die Geschworenen, sondern zugleich die Richter zu entscheiden haben. Aber doch haben die Geschworenen bei der Beratung auf verschiedene Fragen, welche ihnen vom Vorsitzenden vorgelegt werden, zu antworten.

¹⁾ Art. 27 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „An der Entscheidung der Schuldfrage nehmen die Geschworenen wie die Richter teil. Ihre Ueberzeugung darüber, ob der Angeklagte schuldig ist oder nicht, werden sie den in der Hauptverhandlung vorgebrachten Beweisen und der Kenntnis der Sache entnehmen.“

Ueber die Anwendung des Gesetzes dagegen, wie auch über die Höhe und Art der nach dem Gesetz verwirkten Strafe, ferner über das Vorhandensein der Straferhöhungs- und Minderungsgründe entscheiden nur die Richter ohne Geschworenen.

Ebenso entscheiden nur die Richter die Frage über den Schadenersatz und die Kosten des Verfahrens.“

Bei der Beratung nehmen neben den Geschworenen auch die Richter teil. Der Zweck dieser Beratung ist, die Entscheidung besser und gründlicher herbeizuführen, weshalb der Vorsitzende den Geschworenen die Beweise erklärt, sie auf den entscheidenden Punkt aufmerksam macht und von ihnen verlangt, dass sie ihre Ansichten über die Schuld resp. Nichtschuld des Angeklagten aussprechen und die Gründe, auf welche sie ihre Ansicht stützen, angeben (Art. 30 Schwurgerichtsgesetz)¹⁾. Das geschieht zu dem Zweck, damit der Vorsitzende die Geschworenen noch vor ihrer Abstimmung belehren kann, wenn er sieht, dass ihre Ansicht und die Gründe inkorrekt sind. — Daraus ergibt sich, dass die Richter mit der Belehrung bei der Beratung einen Einfluss auf die Geschworenen ausüben können.

Nach der Beratung lässt der Vorsitzende über die Schuld resp. Nichtschuld des Angeklagten abstimmen.

Die Abstimmung geschieht mündlich durch einfache Bejahung oder Verneinung. Die Geschworenen haben nur zu beantworten, ob der Angeklagte des Verbrechens, dessen er angeklagt ist, schuldig ist oder nicht. Wenn es aus der Hauptverhandlung hervorgeht, dass ein anderes Verbrechen vorliegt, welches zur Zuständigkeit des Schwurgerichts nicht gehört, so ent-

¹⁾ Art. 30 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Die Geschworenen und die Richter entscheiden zusammen bloß darüber, ob der Angeklagte schuldig ist oder nicht, streng der Ueberzeugung folgend, welche sie aus der gesamten durchgeführten Verhandlung und dem vorgebrachten Beweise gewonnen haben. Aber doch sind sie verpflichtet, bei der Beratung die Gründe, auf welche sie ihre Ansichten stützen, anzugeben.“

Ueber alle anderen Fragen, welche das Gesetz formell nicht weiter geregelt hat, haben nur die Richter zu entscheiden.“

scheiden darüber nur die Richter ohne Geschworene (Art. 34 Schwurgerichtsgesetz). ¹⁾

Die Abstimmung erfolgt so, dass zunächst ein Geschworener stimmt, dann ein Richter, dann der zweite Geschworene, darauf der zweite Richter und zuletzt der Vorsitzende (Art. 28 Schwurgerichtsgesetz) ²⁾

Zu einem giltigen Wahrspruch genügt einfache Stimmenmehrheit (Art. 29 Schwurgerichtsgesetz). ³⁾

Das Berichtigungsverfahren und die Verwerfung des Wahrspruchs kennt das serbische Schwurgericht nicht, denn die Geschworenen können über keine Frage ohne die Richter entscheiden. Der Wahrspruch wird nicht nur von den Geschworenen, sondern auch von den Richtern abgegeben und kann von einem Berichtigungsverfahren daher keine Rede sein.

Aus diesen kurzen Bestimmungen des Schwurgerichtsgesetzes über den Wahrspruch der Geschworenen sieht man, dass diese Art des Wahrspruchs eine Eigen-

¹⁾ Art. 34 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Wenn in der Hauptverhandlung der Fall des § 209 *) Strafprozessordnung zur Anwendung kommt und das Verbrechen zur Zuständigkeit des Schwurgerichts nicht gehören würde, dann entscheiden über das betreffende Verbrechen nur die Richter.“

*) § 209 Strafprozessordnung lautet: „Zeigt es sich im Laufe der Hauptverhandlung, dass die That eine andere ist, als wegen welcher der Angeklagte beschuldigt worden ist, so hat das Gericht über dieselbe, wenn sie nur zur Entscheidung reif ist, das Urteil auszusprechen. Ist das nicht der Fall, so hat das Gericht neue Untersuchung anzuordnen.“

²⁾ Art. 28 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Die Beratung leitet der Vorsitzende. Die Abstimmung erfolgt nach gewöhnlichen Regeln. Zunächst stimmt ein Geschworener, dann ein Richter, dann der zweite Geschworene, darauf der zweite Richter und zuletzt der Vorsitzende.“

³⁾ Art. 29 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Zu einer jeden dem Angeklagten nachteiligen Entscheidung des Schwurgerichts ist einfache Stimmenmehrheit erforderlich.“

tümlichkeit des serbischen Schwurgerichts ist, welche im deutschen, französischen und englischen Schwurgericht nicht besteht.

II. Als über die Besetzung des Schwurgerichts die Rede war, wurde ein erheblicher Unterschied zwischen den verschiedenen Schwurgerichten hervorgehoben, denn in Deutschland, Frankreich und England ist die Zahl der Geschworenen bedeutend grösser als in Serbien und die rechtsgelehrten Richter üben nicht zugleich die Funktionen der Geschworenen aus, wie das im serbischen Schwurgericht der Fall ist. — Der erheblichste Unterschied zwischen dem serbischen und den drei anderen Schwurgerichten liegt aber in dem Wahrspruch der Geschworenen.

In Deutschland, Frankreich und England sind im Gegensatz zu Serbien nur die Geschworenen zur Beantwortung der Schuldfrage berufen. Die rechtsgelehrten Richter nehmen also daran nicht teil. Den Richtern steht dagegen, unabhängig von den Geschworenen, die Ziehung der Konsequenzen aus dem Wahrspruch und die Ausmessung der nach dem Gesetz verwirkten Strafe zu, sodass also der auf Schuldig lautende Wahrspruch der Geschworenen die Verurteilung, das Nichtschuldig aber die Freisprechung zur Folge hat.

Aber im Wahrspruch liegt der Unterschied nicht nur zwischen dem serbischen und dem deutschen, französischen und englischen Schwurgericht, sondern gerade da liegt der wichtigste Unterschied auch zwischen diesen letzten Schwurgerichten. Dieser Unterschied ist zu erkennen, wenn die Art, wie die Geschworenen diese ihre Aufgabe lösen, in kurzen Worten geschildert wird.

1) In Deutschland sind die Geschworenen zur Beantwortung der Schuldfrage berufen. Die Geschworenen

haben die Schuld des Angeklagten festzustellen. Sie sind also nicht auf die Beantwortung reiner Thatfragen beschränkt, sondern auch die Subsumtion der Anklagethat unter das Gesetz ist ihnen zugewiesen.

Zur Schuldfrage gehört auch die Feststellung der Qualifikations- und Privilegierungsgründe, sowie die Entscheidung darüber, ob eine einzelne Handlung oder Konkurrenz von mehreren vorliegt. Von den Geschworenen werden auch solche Umstände entschieden, durch welche die Schuld aufgehoben wird, desgleichen solche, die die Strafbarkeit als solche mildern.

Die Geschworenen haben, wie oben erwähnt ist, die Schuldfrage zu beantworten; ihnen ist also die Befugnis eingeräumt, in voller Freiheit ihren Widerspruch darüber abzugeben, ob sie ein Verbrechen und gegebenenfalls welches Verbrechen sie für erwiesen erachten. Damit sie diese ihre Aufgabe lösen können, werden ihnen besondere Fragen vorgelegt, welche sie zu beantworten haben. — Den Stoff für die Fragen bilden der Eröffnungsbeschluss und die Ergebnisse der Hauptverhandlung.

Demgemäss ist zu unterscheiden: die Hauptfrage, in welche die dem Angeklagten in dem Eröffnungsbeschluss zur Last gelegte That nach ihren gesetzlichen Merkmalen aufgenommen werden muss (Strafprozessordnung § 293); die Hilfsfrage, welche zu stellen ist, wenn die Verhandlung Umstände ergeben hat, nach welchen eine von dem Eröffnungsbeschluss abweichende Beurteilung der dem Angeklagten zur Last gelegten That in Betracht kommt (Strafprozessordnung § 294), und die Nebenfrage, welche über solche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände, welche die Strafbarkeit vermindern oder erhöhen, zu entscheiden hat (Strafprozessordnung § 295).

Eine Nebenfrage kann auch auf solche vom

Strafgesetz besonders vorgesehene Umstände gerichtet werden, durch welche die Strafbarkeit wieder aufgehoben wird. Hilfsfragen sind für den Fall der Verneinung, Nebenfragen für den Fall der Bejahung der Hauptfrage zu stellen.¹⁾

2) In Frankreich steht den Geschworenen die Entscheidung der Thatfrage zu, die Rechtsfrage aber den Richtern. Die Geschworenen sind berufen, nur über die That, nicht über das Recht zu entscheiden. Die Frage der Subsumtion der Thatfachen unter das Strafgesetz ist also von dem Gerichtshof zu entscheiden.

Trotz der Unterscheidung zwischen That- und Rechtsfrage sind die Geschworenen in Frankreich befugt, bei Beantwortung der Schuldfrage den gesamten allgemeinen Thatbestand ihrer Beurteilung zu unterziehen, sodass sie beispielsweise das Nichtschuldige auszusprechen haben, wenn sie den Angeklagten nicht für zurechnungsfähig halten. Sie sind auch befugt, über das Vorhandensein der mildernden Umstände zu entscheiden.

Zur Erfüllung ihrer Aufgabe werden ihnen, wie in Deutschland, bestimmte formulierte Fragen vorgelegt, welche auf die einzelnen Bestandteile des Thatbestandes des Verbrechens gerichtet sind (code d'instr. crim. art. 337). In die Hauptfrage wird der allgemeine Thatbestand des Verbrechens aufgenommen. Aber obwohl der code d'instr. crim. keine Vorschriften über Eventualfragen enthält, so erachtet doch die französische Jurisprudenz den Präsidenten für berechtigt, in den geeigneten Fällen auch Eventualfragen den Geschworenen vorzulegen, welche eine von der Anklage abweichende strafrechtliche Qualifikation der That zum Gegenstande haben. Den Geschworenen sind auch Zusatzfragen

¹⁾ Vergl. Kries; Lehrbuch des deutschen Strafprozessrechts Seite 603 ff.

vorzulegen, unter welchen man solche Fragen versteht, welche einen die Strafe ausschliessenden, mildernden oder erschwerenden Umstand betreffen.¹⁾

3) Was endlich den Wahrspruch der Geschworenen in England und die Art, wie sie diese ihre Aufgabe lösen, betrifft, so unterscheidet sich das englische Verfahren wesentlich von dem in Deutschland und Frankreich.

Dieser Unterschied liegt darin, dass sich der Wahrspruch der Geschworenen in England unmittelbar an den Eröffnungsbeschluss anschliesst und die Geschworenen allein darüber zu entscheiden haben, ob der Angeklagte des Verbrechens schuldig ist, auf welches die Anschuldigung in der Anklageakte gerichtet war oder nicht.²⁾ In England bilden somit nicht, wie in Deutschland und Frankreich, gewisse vom Gerichtshofe oder dessen Vorsitzenden entworfene Fragen die Vermittelung zwischen Anklage und Wahrspruch. Die Fragestellung also kennt man hier nicht.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautet regelmässig nur auf Schuldig oder auf Nichtschuldig und bei dieser Beantwortung haben auch die Geschworenen die gesamte Schuldfrage einschliesslich der Rechtsfrage zu entscheiden. Damit aber die Geschworenen über die Rechtsfrage sachgemäss urteilen können, wird ihnen von dem vorsitzenden Richter die erforderliche Anweisung erteilt. Dieser Schlussvortrag umfasst sowohl die Beweisfrage, wie die Subsumption der That-sachen unter das Gesetz. Also die sog. Charge hat den Zweck, den Geschworenen ihre Thätigkeit zu erleichtern, ihnen das Gesetz zu erklären, daher auch die Beweisregeln in der Anwendung auf den einzelnen

¹⁾ Vergl. Hélie; traité de l'instr. crim. Band IX Seite 16 ff. Motive zum I. Entwurf zur deutschen Strafprozessordnung. Anlagen Seite 210 ff.

²⁾ Vergl. Mittermaier; das engl. Strafverfahren Seite 446 ff.

Fall auseinander zu setzen, die Geschworenen auf den entscheidenden Punkt aufmerksam zu machen, sie zu belehren und zu wahren.¹⁾

Der vorsitzende Richter hat durch die Charge einen grossen Einfluss auf die Geschworenen im Gegensatz zu Deutschland und Frankreich, wo der Vorsitzende zwar die Geschworenen über die Rechtspunkte belehrt, aber ohne irgend welche Würdigung der Beweise, — nicht nur in eine Würdigung der Beweise eingehen darf, sondern im Gegenteil die Beweise klar legen muss.

In Serbien kennt man eine Fragestellung nicht, da die Geschworenen, wie bereits oben erwähnt ist, keine Frage ohne Richter entscheiden. Dort, wie in England, schliesst sich der Wahrspruch unmittelbar an den Eröffnungsbeschluss an, doch bekommen die Geschworenen vor der Beratung, im Gegensatz zu England, keine Charge von dem Vorsitzenden; zwar belehrt er sie bei der Beratung über die rechtlichen Punkte und Beweise, aber er ist nicht dazu verpflichtet, wie in England, und diese Belehrung ist für die Geschworenen nicht bindend, wie das in England der Fall ist.

4) Nach der Rechtsbelehrung und, nachdem sich die Geschworenen in das Beratungszimmer zurückgezogen haben, handelt es sich um die Abstimmung über die Schuld des Angeklagten.

Was die Abstimmung der Geschworenen selbst betrifft, so ist sie in den einzelnen zu besprechenden Rechten verschieden.

In England ist zu einem gültigen Wahrspruch Einstimmigkeit der Geschworenen erforderlich. Die Geschworenen werden streng von allem Verkehr mit

¹⁾ Vergl. Glaser; Wahrspruch, Anklage und Rechtsmittel in engl. Schwurgerichten Seite 332 ff. Mittermaier; das engl. Strafverfahren Seite 431 ff.

der Aussenwelt abgesperrt und indirekt zum Wahrspruch gezwungen. Kommen sie trotzdem nicht zur Einigung, so müssen sie entlassen werden und die Sache wird vor eine andere Jury zur Verhandlung verwiesen.¹⁾ — In Frankreich dagegen genügt zur Verurteilung die einfache Stimmenmehrheit der Geschworenen (code d'instr. crim. art 341). — In Deutschland ist weder die Einstimmigkeit noch die einfache Stimmenmehrheit eingeführt, sondern nach § 262 Strafprozessordnung ist zu einer jeden dem Angeklagten nachtheiligen Entscheidung, welche die Schuldfrage betrifft, eine Mehrheit von zwei Drittel Stimmen erforderlich. Zur Verneinung der Frage nach dem Vorhandensein mildernder Umstände aber bedarf es einer Mehrheit von mindestens sieben Stimmen. Strafprozessordnung § 297.

5) Was das Berichtigungsverfahren, welches man im deutschen, französischen und englischen Schwurgericht findet, anbelangt, so kennt dasselbe das serbische Schwurgericht nicht. Die Geschworenen in Serbien können über keine Frage unabhängig von den Richtern entscheiden, und daher kann von einem Berichtigungsverfahren keine Rede sein.

In Deutschland und Frankreich kommt das Berichtigungsverfahren in Anwendung zum Zwecke der Verbesserung des Wahrspruchs. Der Gerichtshof hat den Wahrspruch zu prüfen und, wenn er an formellen oder sachlichen Mängeln leidet, wenn z. B. die Geschworenen eine gestellte Frage unbeantwortet gelassen haben, so hat der Vorsitzende die Berichtigung des Wahrspruchs anzuordnen und die Geschworenen müssen sich zu einer neuen Beratung in das Beratungszimmer zurückziehen (Strafprozessordnung § 309).

¹⁾ Vergl. Biener; das engl. Geschworenengericht Seite 167 ff. Holzendorf; deutsches Strafprozessrecht Seite 44.

In England steht dieses Prüfungsrecht dem vorsitzenden Richter zu. Er hat die formelle Richtigkeit des Wahrspruchs zu prüfen und, wenn er findet, dass ein Irrtum von Seiten der Jury vorliegt, sie darauf aufmerksam zu machen und zur neuen Beratung aufzufordern.¹⁾

Aus den gleichen Gründen, aus welchen das Berichtigungsverfahren in Serbien nicht besteht, besteht auch ein Recht zur Verweisung an ein anderes Schwurgericht nicht.

Diese Einrichtung besteht dagegen in Deutschland und Frankreich. Sie beruht darauf, dass die Richter, wenn sie einstimmig der Ansicht sind, dass die Geschworenen sich in ihrem auf Schuldig lautenden Wahrspruch zum Nachteil des Angeklagten geirrt haben, die Giltigkeit des Wahrspruchs verwerfen und die Sache vor ein anderes Schwurgericht verweisen können (Strafprozessordnung § 317. code d'instr. crim. art. 352).

Dieses Recht der Verweisung steht, wie schon erwähnt, dem Vorsitzenden in England dann zu, wenn die Geschworenen bei der Abstimmung sich nicht einigen konnten.

B. Das Urteil des Gerichts.

I. In Serbien wird, nachdem der Wahrspruch abgegeben worden ist, das Urteil gefällt.

Lautet der Wahrspruch auf Nichtschuldig, so hat das Gericht, und nicht der Vorsitzende, den Angeklagten sofort freizusprechen. Lautet der Wahrspruch aber auf Schuldig, so hat es ohne Mitwirkung der Geschworenen und ohne weitere kontradiktorische Handlung das Urteil auszusprechen (Art. 27, 30 Schwurgerichtsgesetz).

Der Vorsitzende verkündet das Urteil in öffent-

¹⁾ Vergl. Mittermaier; das engl. Strafverfahren Seite 490 ff.

licher Sitzung am Schluss der Verhandlung und in Gegenwart von Richtern und Geschworenen. — Die Ausfertigung des Urteils aber muss binnen 7 Tagen erfolgen (Art. 32 Schwurgerichtsgesetz). ¹⁾

Das Urteil muss mit den Entscheidungsgründen versehen werden. In den Gründen des Urteils ist auf den Wahrspruch Bezug zu nehmen. Im Einklang hiermit schreibt Art. 31 Schwurgerichtsgesetz ²⁾ vor, dass die Urschrift des Wahrspruchs dem niedergeschriebenen Urteil anzufügen ist.

Stellt sich nach dem Ergebnisse der Verhandlung die dem Angeklagten zur Last gelegte That als eine solche dar, welche nicht zur Zuständigkeit des Schwurgerichts gehört, dann werden nach dem Art. 34 Schwurgerichtsgesetz die Geschworenen ausgeschlossen und es erfolgt die weitere Verhandlung vor den Richtern.

II. Wie in Serbien, so erfolgt auch in Deutschland, Frankreich und England die Freisprechung des Angeklagten, wenn der Wahrspruch auf Nichtschuldig lautet. Aber diese Freisprechung erfolgt in Serbien und Deutschland nicht durch Verfügung des Vorsitzenden, wie dies im französischen Recht (code d'instr. crim. art. 358) der Fall ist, sondern durch Urteil des Gerichts. (Strafprozessordnung § 314 Abs. 1.)

¹⁾ Art. 32 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Der Vorsitzende verkündet das Urteil in öffentlicher Sitzung am Schlusse der Verhandlung desselben Tages und in Gegenwart der Richter und Geschworenen. Die Ausfertigung und Verkündung der Gründe — das ganze Urteil — kann auch später erfolgen, aber nicht später als nach 7 Tagen.“

²⁾ Art. 31 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Jedes Urteil und jede Entscheidung ist von dem Gericht mit den Gründen schriftlich auszufertigen und von den Richtern zu unterschreiben. Bei der Ausfertigung des Urteils sind auf die Gründe der Geschworenen und Richter bei der Beratung und Abstimmung Bezug zu nehmen und dieselben dem niedergeschriebenen Urteil anzufügen.“

In England dagegen muss die Freisprechung durch Verfügung des vorsitzenden Richters stattfinden, denn im englischen Schwurgericht wirkt nur ein Richter mit.

Lautet der Wahrspruch dagegen auf Schuldig, so unterscheidet sich das serbische und englische von dem deutschen und französischen Recht.

In England, wie in Serbien, schliesst sich an den Wahrspruch kein anderer Abschnitt des Verfahrens an, sondern das Gericht bzw. der Richter spricht das Urteil aus.¹⁾ Anders dagegen in Deutschland und Frankreich, wo eine weitere contradiktorische Verhandlung über die Strafbarkeit des für Schuldig Erklärten erfolgt. Die Parteien werden mit ihren Ausführungen zur Straffrage gehört, und erst darauf erfolgt das Urteil des Gerichts. (Strafprozessordnung § 314 Abs. 2; code d'instr. crim. art. 362, 363.)

In England ist es der Richter allein, welcher die Strafe auswirft. Die Fällung des Strafurteils hängt also vollständig von dem Richter ab, wobei dem Urteile keine Entscheidungsgründe beigelegt werden.²⁾

In Deutschland, Frankreich und England, wie in Serbien, erfolgt die Urteilsverkündung am Schlusse der Verhandlung.

Achtes Kapitel.

Rechtsmittel.

I. Gegen die Urteile und Entscheidungen der Schwurgerichte ist in Serbien das zulässige ordentliche Rechtsmittel die Beschwerde beim Kassationsgericht. Kein anderes Rechtsmittel, also keine Berufung, kann

¹⁾ Vergl. Mittermaier; das engl. Strafverfahren Seite 490 ff.

²⁾ Vergl. Mittermaier; das engl. Strafverfahren Seite 493 ff.

gegen diese Urteile und Entscheidungen eingelegt werden. (Art. 35 Schwurgerichtsgesetz.¹⁾)

Die Kassationsbeschwerde kann sowohl von dem Staatsanwalt und Privatkläger, wie auch von dem Angeklagten und dessen Verteidiger erhoben werden. Aber die Beschwerde kann nicht darauf begründet werden, dass die in der Hauptverhandlung vorgebrachten Beweise ungenügend seien, um die Schuld des Angeklagten beweisen zu können, sondern nur darauf, dass das Gesetz durch unrichtige Anwendung oder Nichtanwendung einer Rechtsnorm verletzt sei. (Art. 36²⁾, 37³⁾ Schwurgerichtsgesetz.)

Die Beschwerde muss bei dem Gericht, dessen Urteil angefochten wird, binnen fünf Tagen nach der Zustellung des Urteils eingelegt werden.

Die Entscheidung über das Rechtsmittel erfolgt in einer öffentlichen Sitzung des Kassationsgerichts, wobei aber keine contradiktorische Hauptverhandlung stattfindet. Weder der Angeklagte noch die Nebenparteien werden geladen und verhört.

Wenn das Kassationsgericht nach dem Verlesen der Akten die Beschwerde für begründet anerkennt, so hebt es das angefochtene Urteil auf und verweist

¹⁾ Art. 35 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Gegen die Urteile und Entscheidungen der Schwurgerichte findet Beschwerde beim Kassationsgericht statt.“

²⁾ Art. 36 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Die Beschwerde (zalba) kann nicht darauf gestützt werden, dass die in der Hauptverhandlung vorgebrachten Beweise ungenügend sind und deswegen die Schuld des Angeklagten nicht bewiesen sei.“

³⁾ Art. 37 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Der Angeklagte, dessen Verteidiger, Privatkläger und Staatsanwalt können die Beschwerde (zalba) innerhalb fünf Tagen nach der Zustellung des Urteils beim Kassationsgericht erheben, wenn sie finden, dass das Schwurgericht die Vorschriften des Gesetzes verletzt hat.“

Die Beschwerde (zalba) ist dem Gericht, welches das Urteil ausgesprochen hat, zu übergeben.“

die Sache an das Gericht erster Instanz, über welche dasselbe Gericht wieder zu entscheiden hat. (Art. 38 Schwurgerichtsgesetz.)¹⁾ Wenn aber der Kassationshof findet, dass nur ein Satz des materiellen Strafgesetzes verletzt ist, so verweist er die Sache wieder an das Gericht erster Instanz, damit nur das neue Urteil ausgesprochen werde; dann wird eine neue Hauptverhandlung anberaumt, zu welcher nicht die Geschworenen, sondern nur der Staatsanwalt, Privatkläger, Angeklagte und dessen Vertheidiger geladen werden (Art. 39 Schwurgerichtsgesetz.²⁾

II. Was die Rechtsmittel gegen Schwurgerichtsurteile in Deutschland und Frankreich betrifft, so sind hier nicht grosse Unterschiede zu finden.

In Deutschland ist die Revision, in Frankreich die Kassationsbeschwerde das gegen die Urteile der Schwurgerichte zulässige ordentliche Rechtsmittel. Als Revisionsgericht fungiert in Deutschland das Reichsgericht, in Frankreich der Kassationshof.

Wie in Serbien, so kann auch in Deutschland und Frankreich die Revision und Kassationsbeschwerde bloß darauf gegründet werden, dass das Gesetz durch unrichtige Anwendung oder Nichtanwendung einer

¹⁾ Art. 38 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Wenn das Kassationsgericht die Beschwerde (zalba) für begründet anerkennt, so hebt es das angefochtene Urteil auf; ebenso das ganze Verfahren, wenn es rechtswidrig ist, und hat ein neues Verfahren anzuordnen. In diesem Fall kommt die Sache vor dasselbe Schwurgericht.“

²⁾ Art. 39 Schwurgerichtsgesetzes lautet: „Wenn die Beschwerde (zalba) auf die Verletzung eines Satzes des materiellen Strafgesetzes gegründet ist, so hat das Kassationsgericht dasselbe besonders zu betonen und die Sache an das Gericht erster Instanz zu verweisen, um ein anderes Urteil zu erwirken.“

In diesem Fall ist eine neue Verhandlung anzuberaumen, zu welcher nur Staatsanwalt, Privatkläger, Angeklagter und dessen Vertheidiger vorzuladen sind. Nach dem Verhör des Angeklagten ist alsdann ein neues Urteil auszusprechen.“

Rechtsnorm verletzt ist, wobei man materielle und formelle oder prozessuale Nichtigkeitsgründe unterscheidet.

In Serbien, Deutschland und Frankreich besteht also gegen die Urteile der Schwurgerichte nur ein einziges Rechtsmittel. In England dagegen ist es anders, denn dort ist nicht nur ein, sondern drei Rechtsmittel und zwar folgende:

a. erstes Rechtsmittel ist die Nichtigkeitsbeschwerde (*writ of error*). Dieselbe kann nur aus Gründen ergriffen werden, welche aus dem Protokolle ersichtlich sind; das Protokoll enthält Anklageschrift, Zusammensetzung der Jury und Wahrspruch. Wenn dieses Rechtsmittel durchgeführt wird, so ist alles ungültig, aber ein neues Verfahren zulässig;

b. zweites Rechtsmittel ist das Ansuchen um eine nochmalige Verhandlung (*motion for a new trial*) vor einer neu berufenen Jury. — Dieses Rechtsmittel ist zulässig, wenn sich eine Partei unerlaubten Einfluss auf die Jury verschafft hat, oder wenn der Richter bezeugt, dass die Jury gegen die Evidenz gesprochen hat, oder wenn der Richter selbst der Jury eine falsche Anleitung gegeben hat, und

c) ein drittes und das neueste Rechtsmittel ist das, welches die Sache an einen Appellationshof, sogenannten *court of appeal*, bringt. Dieser Appellationshof entscheidet nur über die reine Rechtsfrage und als Grundlage dieses Verfahrens dient der Bericht des Richters, welcher den Prozess früher leitete.

In England ist das eigentümlich, dass die Zulassung der Rechtsmittel von der Begünstigung des vorsitzenden Richters abhängt.¹⁾

¹⁾ Vergl. Biener; das engl. Geschworenengericht Seite 198 ff. Holzendorf; deutsches Strafprozessrecht Seite 45.

Neuntes Kapitel.

Schluss.

Die wesentlichen Ergebnisse der bisherigen Darstellung des serbischen Schwurgerichts können folgendermassen zusammengefasst werden:

1) Der unmittelbare Anlass zur Einführung der Schwurgerichte waren die Bedürfnisse, welche durch sie befriedigt werden sollten. Dieselben wurden als eine Verbesserung der Justiz im Interesse der Gerechtigkeit eingeführt.

2) Die Bildung der Schwurgerichte erfolgt für jeden einzelnen Fall bei den Gerichten erster Instanz, und ihr Sitz ist stets der Ort der Gerichte erster Instanz.

3) Die Zuständigkeit der Schwurgerichte erstreckt sich auf die Strafsachen höchster Ordnung — Verbrechen. Aber nicht jedes Verbrechen ist der Zuständigkeit der Schwurgerichte unterworfen, sondern nur: Diebstahl, Raub und Brandstiftung. Nur in zwei Fällen sind die Schwurgerichte auch für die Vergehen zuständig und zwar für das Vergehen der fahrlässigen Brandstiftung und der Sachbeschädigung.

4) Zum Geschworenendienst ist fähig jeder serbische dreissigjährige Vollbürger, der jährlich mindestens 15 Francs Steuer zahlt.

5) Die Geschworenen werden für jede Gemeinde in der ersten Hälfte des November eines jeden Jahres durch die Gemeinderäte ausgewählt. Die Zahl der Geschworenen wird in jeder Gemeinde nach der Zahl der Steuerköpfe bestimmt.

6) Die Schwurgerichte werden mit drei Staatsrichtern und zwei Geschworenen besetzt. Sowohl die Staatsrichter wie auch die Geschworenen werden vor dem Beginn der Hauptverhandlung durch Los bestimmt. Einer von den Geschworenen wird aus der Gemeinde, in welcher der Angeklagte wohnt, und der andere

aus der Gemeinde, in welcher das Verbrechen begangen ist, ausgelost.

7) Die Parteien üben das ihnen zustehende Ablehnungsrecht vor der Hauptverhandlung aus und jede Partei kann nur zwei Geschworene und zwar aus den Listen aller der Gemeinden, aus welchen für den bestrafenden Fall die Geschworenen zu entnehmen sind, ablehnen.

8) Der einmal beeidigte Geschworene wird nicht wieder für die später kommenden Verhandlungen beeidigt, sondern er ist nur von dem Vorsitzenden auf die früher erfolgte Beeidigung hinzuweisen.

9) Die Geschworenen sind befugt, an den Angeklagten, den Zeugen und Sachverständigen durch den Vorsitzenden Fragen zu stellen.

10) Die Entscheidung der Schuldfrage liegt sowohl den Geschworenen wie auch den Staatsrichtern ob, weswegen bei der Beratung neben den Geschworenen auch die Richter teilnehmen.

11) Zu einem gültigen Wahrspruch genügt einfache Stimmenmehrheit. Die Abstimmung geschieht mündlich durch einfache Bejahung oder Verneinung. Dieselbe erfolgt so, dass zunächst ein Geschworener stimmt, dann ein Richter, dann der zweite Geschworene, darauf der zweite Richter und zuletzt der Vorsitzende.

12) Nach dem abgegebenen Wahrspruch hat das Gericht ohne Mitwirkung der Geschworenen und ohne weitere contradiktorische Verhandlung das Urteil auszusprechen.

13) Der Vorsitzende verkündet das Urteil in öffentlicher Sitzung am Schlusse der Verhandlung und in Gegenwart von Richtern und Geschworenen.

14) Das ordentliche Rechtsmittel gegen die Urteile der Schwurgerichte ist die Beschwerde beim Kassationsgericht.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. von Rohland für die mir bei meinen Arbeiten in lebenswürdigster Weise stets erteilte Unterstützung an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

B. W. Marković.

Marković, Božidar V.,

Ueber das serbische Schwurgericht im Vergleiche mit dem deutschen, französischen und englischen Schwurgericht

1899

Crim. 164 v

urn:nbn:de:bvb:12-bsb12029729-1